



Diskussionen in Attac Deutschland

zu einer

**Alternativen
Weltwirtschaftsordnung**

(AWWO)

Verabschiedet vom Attac-Ratschlag (Okt. 2004)

Hg. von Attac Deutschland

Linker grauer Balken für Kontroversen:

In diesem Text stehen Konsens-Abschnitte und Kontroversen. Zur besseren Kenntlichkeit sind die Kontroversen im Text jeweils mit einem grauen Balken auf der linken Seite gekennzeichnet.

Vorwort

Liebe LeserInnen,

vor Euch liegt das Diskussionspapier „Diskussionen in Attac Deutschland zu einer alternativen Weltwirtschaftsordnung“, bekannt geworden als „AWWO-Papier“. Es wurde auf dem Ratschlag im Oktober 2004 in Hamburg ohne Gegenstimmen verabschiedet.¹

Das AWWO-Papier ist das Ergebnis eines 21-monatigen Arbeits- und Diskussionsprozesses, der mit dem Beschluss des Attac-Ratschlags in Göttingen im Januar 2003 gestartet wurde, ein Attac-Positionspapier „Für eine ökologische und solidarische Weltwirtschaftsordnung“ zu erarbeiten. Das nun beschlossene AWWO-Papier enthält zum größten Teil Positionen, die von einer breiten Mehrheit bei Attac getragen werden, aber auch kontroverse Positionen (diese sind als solche gekennzeichnet).

An dem Diskussionsprozess haben sich seither mehrere Hundert Attac-AktivistInnen beteiligt: auf der Tagung des Wissenschaftlichen Beirats von Attac gemeinsam mit der AG AWWO zum ersten Entwurf des Papiers im Juni 2003, deren Fachbeiträge in einem Buch „Alternative Weltwirtschaftsordnung“ (Biesecker et al., VSA, Berlin 2004) der Öffentlichkeit vorgestellt wurden; als TeilnehmerInnen der AWWO-Workshops auf der Sommerakademie in Münster 2003, des McPlanet.com-Kongresses in Berlin 2003, der Attac-Ratschläge in Göttingen, Aachen und Essen, als TeilnehmerInnen der AWWO-Regional Konferenzen in Tübingen, Hannover, Dresden (während der Sommerakademie 2004) oder Schwerte bei Dortmund (als Konferenz „Mythos Wirtschaftswachstum?“); als TeilnehmerInnen eines der sechs bundesweiten AWWO-Treffen oder von zahlreichen lokalen Arbeitsgruppen, die an dem Thema AWWO gearbeitet haben; oder einfach über die Website, die Email-Liste oder das open-theory-Webforum (alles über <http://www.attac.de/awwo/> erreichbar). – Damit ist das vorliegende AWWO-Papier neben der zweiseitigen Attac-Erklärung (Frankfurt 2002) der in Attac Deutschland mit Abstand am breitesten diskutierte Text.

Naomi Klein hat darauf hingewiesen, dass der Kapitalismus selbst wieder in Frage gestellt wird – endlich, nachdem zehn Jahre lang das „Ende der Geschichte“ verkündet worden war. Attac vereint reformorientierte Globalisierungskritiker, radikale Globalisierungsgegner und Antikapitalisten im Kampf für eine andere Welt.

Eine Welt, die

- dem Leitbild der ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Nachhaltigkeit folgt;
- Vielfalt und Kooperation fördert;
- den Menschenrechten und dem Prinzip Arbeit in Würde in Nord und Süd gleichermaßen verpflichtet ist;
- Chancengleichheit und Geschlechtergerechtigkeit verwirklicht;
- das Vorsorgeprinzip durchsetzt und
- in allen Entscheidungen Demokratie walten lässt.

Über die Ziele, die Wege dorthin und die einzusetzenden Instrumente wird bei Attac engagiert und kompetent diskutiert – Ausdruck gelebter Vielfalt und Wurzel der Stärke der Bewegung. Diese kontroversen Diskussionen sind im Papier herausgearbeitet:

- Treten wir für eine öko-soziale Marktwirtschaft oder – antikapitalistisch – für eine ökologische Wirtschaftsdemokratie oder für eine Überwindung des Marktes zugunsten von Demokratisierung der Ökonomie ein?
- Treten wir für eine Zukunft des Wachstums oder für den Abschied vom Wirtschaftswachstum ein?
- Ist unsere Strategie „Globalisierung gerechter gestalten“ oder „Entglobalisierung“ oder „Lokalisierung“?

- Halten wir nur die neoliberale Ausprägung der Globalisierung für kritikwürdig oder sind wir grundsätzliche Gegner der Globalisierung?
- Sehen wir den Zins als entscheidende Triebkraft (Freigeldtheorie) oder lediglich als ein Moment der Kapitalverwertungsinteressen (Kapitalismuskritik/Antikapitalismus) an?
- Wollen wir Währungscoordination durch internationale Mechanismen, durch nationale Regulierungen oder durch lokalisierte Währungsgebiete bzw. Geldkreisläufe herstellen?
- Sehen wir die EU in einer aggressiven Expansion nach innen und außen oder kritisch-optimistisch als Stoßdämpfer?

Zur besseren Kenntlichkeit sind all diese Kontroversen im Text jeweils mit einem grauen Balken auf der linken Seite gekennzeichnet.

Dieses Diskussionspapier gibt alten und vor allem neuen Mitgliedern Orientierung und trägt zur argumentativen Schärfung nach innen und nach außen bei. Es ist eine Grundlage dafür, die Debatte zu den Perspektiven einer ökologischen und solidarischen Weltwirtschaftsordnung fortzuführen; diese wird zu gegebener Zeit zu einem weiterentwickelten Papier führen. So unterstützt es unser Ziel, eine andere Welt auf diesem Planeten und in unserer Zeit Wirklichkeit werden zu lassen. Im Sinne jenes Wortes der Zapatistas:

Fragend schreiten wir voran.

Eure AWWO-Redaktionsgruppe

Markus Göker (Tübingen)

Michael Kox (Kiel)

Till Mossakowski (Bremen, Oekonux-AG)

Eberhard Schlecht (Pforzheim)

Oliver Schmidt (Mainz, Attac-AG Welthandel und WTO)

Eckhard Stratmann-Mertens (Bochum, Attac-AG Welthandel und WTO)

<http://www.attac.de/awwo/>

Inhaltsverzeichnis

EINLEITUNG	7
I. DIE HERRSCHENDE WELTWIRTSCHAFTSORDNUNG FÜHRT DIE MENSCHHEIT IN DIE SACKASSE	9
1. Was bedeutet „Globalisierung“? – Begriffsklärung	9
2. Folgen der neoliberalen bzw. kapitalistischen Globalisierung	9
3. Triebkräfte der Globalisierung	10
3.1 Freihandelsdoktrin	10
3.2 Wachstumsdoktrin	11
3.3 Neue technologische Möglichkeiten und Bedingungen	11
3.4 Transnationale Konzerne (TNK)	11
3.5 Das Welthandelssystem	12
3.6 Die EU: Motor der Globalisierung	12
3.7 Globale Finanzströme und ihre Institutionen (IWF und Weltbank)	14
3.8 Globale Machtasymmetrien schaffen Gewaltpotentiale	15
II. EINE ALTERNATIVE WELTWIRTSCHAFTSORDNUNG IST MÖGLICH	17
1. Leitbilder und Leitideen	17
1.1 Leitbild: Nachhaltige Entwicklung	17
1.2 Leitideen für zukunftsfähige Gesellschaften	19
2. Strategien: Wie umgehen mit der Globalisierung?	21
<i>Position</i> Globalisierung gerechter gestalten	22
<i>Position</i> Entglobalisierung	22
<i>Position</i> Lokalisierung	23
3. Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung	24
<i>Position</i> Öko-soziale Marktwirtschaft	24
<i>Position</i> Ökologische Wirtschaftsdemokratie (...)	24
<i>Position</i> Demokratisches Wirtschaften (...)	25
III. WEGE ZU EINER ALTERNATIVEN WELTWIRTSCHAFTSORDNUNG	27
1. Weltwirtschaftsordnung im ökologischen Gleichgewicht	27
1.1 Der ökologische Umbau	27
2. Beschränkung bis Überwindung von Konzernmacht	28

3. Neuordnung des Welthandels	30
3.1 Mechanismen der Welthandelsordnung	30
3.2 Neuordnung des Warenhandels	31
3.3 Neuordnung des internationalen Dienstleistungsverkehrs	32
3.4 Weltagrarmarkt	32
3.5 Geistiges Eigentum und Technologietransfer	33
4. Für eine andere EU und faire Handelsverträge	34
4.1 Regionale Handelsblöcke und bilaterale Verträge	34
4.2 Eine andere EU – sozial, ökologisch und antimilitaristisch	35
5. Neuordnung der Währungs- und Finanzbeziehungen	36
5.1 Finanzbeziehungen	36
5.2 Währungsbeziehungen	38
5.3 Internationale Organisationen und Institutionen	39
5.4 Steuerpolitik	40
6. Strategien und Bündnisse auf dem Wege zu einer Alternativen Weltwirtschaftsordnung	40
ANMERKUNGEN	42

1

Einleitung

<p>2 „Eine andere Welt ist möglich“. Weltweit eint dieser Slogan Globalisierungskritiker 3 und -gegner in ihrem Widerstand gegen die neoliberale Globalisierung. Wir sind 4 nicht länger bereit, die Globalisierung wie einen Sachzwang oder gar als naturhaft- 5 unausweichlich hinzunehmen. Indem wir die Möglichkeit von Alternativen propa- 6 gieren, untergraben wir auch die Legitimation derjenigen, welche die konzern- 7 gesteuerte Globalisierung vorantreiben und von ihr profitieren. Die Zunahme von 8 Armut in weiten Teilen der Erde, die immer größer werdende Kluft innerhalb der 9 reichen Industriestaaten und zwischen ihnen und den armen Gesellschaften des 10 Südens, die Ausbreitung von globalen Umweltproblemen sowie die Konzentration 11 von ökonomischer und politischer Macht in Händen von transnationalen Konzer- 12 nen zwingen uns, die treibenden Kräfte und Interessen hinter diesen Entwicklungen 13 beim Namen zu nennen, aber gleichzeitig auch nach Auswegen zu suchen.</p>	Motivation
<p>14 „Wir setzen uns ein für eine ökologische und solidarische Weltwirtschaftsordnung“ 15 (Attac-Erklärung, Frankfurt 2002). Diese Zielmarke reicht auf Dauer genauso wenig 16 aus wie der pure Appell, eine andere Welt sei möglich. Zunehmend wird sowohl in 17 der globalisierungskritischen Bewegung selbst als auch in der hellhörig gewordenen 18 Öffentlichkeit konkret nach unseren Alternativen gefragt. Diese Fragen wollen wir 19 mit der vorliegenden Positionsbestimmung von Attac aufgreifen.</p>	Alternativen
<p>20 Das Diskussionspapier beschreibt „Wege zu einer alternativen Weltwirtschaftsord- 21 nung“. Es gibt nicht den einen Königsweg, sondern zur Vielfalt der globalisierungs- 22 kritischen Bewegung und von Attac selbst gehört auch eine Vielfalt von politischen 23 und strategischen Wegen und Ansätzen. Das Papier bringt diese Vielfalt zum Aus- 24 druck und soll zugleich einen breiten gesellschaftlichen Diskurs über diese Wege 25 anstoßen. Damit ist dieses Papier zugleich eine Station des Diskussionsprozesses, in 26 dessen Verlauf sich diese Positionsbestimmung weiter differenzieren und verän- 27 dern wird.</p>	Konsense und Dissense
<p>28 Die Absicht des Diskussionspapiers ist es, das zum Ausdruck zu bringen, was allen 29 Gruppierungen und Aktiven bei Attac gemeinsam, was Konsens ist. Damit kann 30 dieser Konsens auch in der Gesellschaft breiter diskutiert und verankert werden. 31 Genauso werden in dem Papier aber auch verbleibende Unterschiede und Differen- 32 zen bei Attac hinsichtlich der Zielbestimmung und der Wege zum Ziel deutlich ge- 33 macht. Darin sehen wir nicht eine Schwächung unseres Netzwerkes und der Bewe- 34 gung. Im Gegenteil: Je klarer Differenzen deutlich gemacht werden, umso lebhafter 35 und fundierter kann der Diskurs darüber geführt werden. Die Lebendigkeit der 36 politischen Auseinandersetzung bringt uns voran und bietet Orientierung für alle 37 diejenigen, die Unbehagen an den Auswirkungen der Globalisierung empfinden.</p>	Konsense und Dissense
<p>38 Das Spannungsverhältnis zwischen reformorientierten Globalisierungskritikern, 39 radikalen Globalisierungsgegnern und Antikapitalisten kann sich als förderlich für 40 eine gemeinsame Wegstrecke zu einer alternativen Weltwirtschaftsordnung erwei- 41 sen: Denn ohne langfristige Utopien laufen kurz- bis mittelfristig ansetzende Re- 42 formvorschläge Gefahr, von den herrschenden Kräften vereinnahmt zu werden; 43 und ohne die Fähigkeit, konkrete und praktisch wirksame Reformen vorzuschlagen, 44 verlieren radikale Utopien ihren Realitätsbezug.</p>	Konsense und Dissense
<p>45 Attac ist ein Netzwerk innerhalb der globalisierungskritischen Bewegung; dieses 46 Diskussionspapier ist gerade aufgrund seiner Offenheit und Vielfältigkeit kein stati- 47 sches Programm, vielmehr ein Zwischenergebnis. Es nimmt die Alternativansätze 48 aus den unterschiedlichen Bewegungs- und Gruppenzusammenhängen auf. Ohne 49 sich in detaillierten Einzelforderungen zu verlieren, will es Eckpunkte einer ökolo- 50 gischen, solidarischen und demokratischen Weltwirtschaftsordnung deutlich ma- 51 chen und damit öffentlich zur Diskussion stellen.</p>	Zwischen- ergebnis
<p>52 Die Auseinandersetzung um Alternativen zum Neoliberalismus oder zur Markt- 53 wirtschaft, um private und öffentliche Interessen, um die Verwirklichungschancen 54 reicher und armer Menschen ist selbstverständlich nicht auf die Gestalt der inter- 55 und supranationalen Ordnung beschränkt. Sie findet genauso auf nationaler Ebene</p>	Schwer- punkt- setzung

1 statt, in Deutschland z.B. in der politischen Auseinandersetzung um die Agenda
2 2010. Gestaltung und Finanzierung von Gesundheitsversorgung, Alterssicherung,
3 Arbeitsbeziehungen, Bildung,...: Eine Bewegung, an deren Anfang eine steuerpoli-
4 tische Forderung stand, setzt sich selbstverständlich mit diesen Fragestellungen
5 auseinander. So zeigen auch wir an verschiedenen Stellen Anknüpfungspunkte zu
6 Fragestellungen der genannten Art auf. Diese gebieten jedoch eine eigenständige,
7 intensive Auseinandersetzung mit diversen Sachfragen. Wir maßen uns nicht an, sie
8 alle innerhalb eines 36-seitigen Papiers beantworten zu können und wollen es auch
9 nicht. Dafür sind andere bei Attac kompetent, wie z.B. die Anti-
10 Privatisierungskampagne oder die jüngeren Vorschläge zur Einfachsteuer zeigen.
11 Wir konzentrieren uns auf die Gestalt der internationalen und globalen Beziehun-
12 gen und ihre Ordnung sowie auf die Strategien, diese Gestalt im Sinne unserer ge-
13 meinsamen Grundsätze zu verändern.

14 Gegliedert ist das vorliegende Diskussionspapier in die drei Hauptabschnitte „I. Die
15 herrschende Weltwirtschaftsordnung führt die Menschheit in die Sackgasse“, „II.
16 Eine alternative Weltwirtschaftsordnung ist möglich“ und „III. Wege zu einer alter-
17 nativen Weltwirtschaftsordnung“; diese Gliederung entspricht den drei Stufen einer
18 Entscheidungsfindung: Diagnose („Was ist die Situation?“), Utopie („Welche Ziele
19 haben wir?“) und Planung („Wie erreichen wir angesichts der momentanen Situati-
20 on diese Ziele?“). Parallele Kontroversen ziehen sich durch alle drei Kapitel: Eine
21 andere Auffassung von den Ursachen der gegenwärtigen Krise (Kapitel I) wird
22 i.d.R. einer anderen Utopie entsprechen (Kapitel II) und dementsprechend oft ande-
23 re politische Vorschläge und Praktiken (Kapitel III) nach sich ziehen – auch hier
24 schlägt sich die Vielfalt der Ansätze bei Attac nieder.

Gliederung

I. Die herrschende Weltwirtschaftsordnung führt die Menschheit in die Sackgasse

1. Was bedeutet „Globalisierung“? – Begriffsklärungen

Der Prozess der Globalisierung ist nicht neu, er ist mindestens so alt wie die Entstehung von Welthandel und Weltmarkt. Neu am derzeit stattfindenden Prozess der Globalisierung – die seit Anfang der 1990er Jahre so genannt wird – ist die Entfesselung globaler Finanz- und Kapitalströme. Während sich von 1985 bis 1997 das weltweite Bruttoinlandsprodukt (BIP) lediglich verdoppelte, wurden die weltweiten Exporte verdreifacht, die (außenhandelsbezogenen) Finanzströme verfünffacht und die Kapitalströme (Direktinvestitionen) versiebenfacht. Seit etwa Mitte der neunziger Jahre haben auch Unternehmenszusammenschlüsse und Firmenübernahmen an Häufigkeit und Transaktionsvolumen drastisch zugenommen. Die Transnationalen Konzerne wickeln einen zunehmend großen Teil des Welthandels konzernintern ab. Wesentlich für diesen Prozess der Globalisierung ist die Tendenz, Selbstversorgungswirtschaften und regionale Wirtschaftsformen zu zerstören, um globale Märkte und abhängige Konsumenten zu schaffen.²

Ökonomische Prozesse

Position Kritik der Globalisierung: Die Globalisierung hat dabei durchaus positive Aspekte: nach der feudalen Kleinstaaterei werden nun auch die Nationalstaaten (deren Geschichte mit Blut geschrieben wurde) mehr und mehr überwunden, die ökonomische Vernetzung führt – neben ökonomischen Vorteilen – zur Überwindung kultureller Schranken. Die Kritik richtet sich gegen die neoliberale Globalisierung, d.h. die weltweite Dominanz der Ökonomie und die Zurückdrängung politischer Einflussmöglichkeiten. Diese Kritik ist selbst global geworden, sichtbar z.B. auf den Weltsozialforen: eine Globalisierung des Protests, des Widerstands, der Hoffnung („Globalisierung von unten“).

Wider die neoliberale Globalisierung

Position Gegen Globalisierung: Das Charakteristische an der sogenannten Globalisierung ist, dass nationale, regionale und lokale Einheiten und Besonderheiten unterworfen werden unter die Verwertungsinteressen global agierender transnationaler Kapitalgruppen und der ihnen hörigen globalen Wirtschafts- und Finanzinstitutionen sowie nationaler Regierungen (bis hin zur EU). Diese Unterwerfung und Gleichschaltung vollzieht sich keineswegs nur auf den Finanz- und Gütermärkten, sondern auch im gelebten Alltag von Frauen und Männern in Betrieben, auf den Feldern, in Haushalten und in sozialen Beziehungen. Dabei ist es zweitrangig, um welche Variante der globalen kapitalistischen Entwicklung es sich handelt: um das Projekt des Neoliberalismus mit seiner universellen Durchsetzung der Freihandelsdoktrin oder um die neo-keynesianische Re-Regulierung des expandierenden kapitalistischen Weltmarktes. – Internationalismus ist im Unterschied zur Globalisierung die gleichberechtigte Form grenzüberschreitender Zusammenarbeit und Vernetzung auf ökonomischer, politischer und kultureller Ebene.³

Internationalismus statt Globalisierung

2. Folgen der neoliberalen bzw. kapitalistischen Globalisierung

- Die soziale und materielle Kluft zwischen Nord und Süd wird tiefer. Während die Reichen immer reicher werden, wächst die Armut insbesondere in der Dritten Welt, aber auch in den reichen Ländern. Das durchschnittliche Einkommen des reichsten Fünftels der Weltbevölkerung entwickelte sich im Verhältnis zu dem des ärmsten Fünftels (v.a. in Afrika südlich der Sahara und Südasien) von 30:1 im Jahre 1960 auf 60:1 1990 und auf 74:1 1997. 2,7 Mrd. Menschen lebten 2001 von weniger als zwei US-Dollar täglich.⁴

Ungleichheit

- 1 • Die ungleiche Verteilung des Reichtums wird ermöglicht durch eine ebenso un-
 2 gleich verteilte Ressourcen- und Umweltnutzung. Derzeit werden rund 80% der
 3 weltweiten Ressourcen für den Wohlstand von 20% der Menschheit in Bewe-
 4 gung gesetzt. Die Umweltschäden sammeln sich in den unteren Produktionsstu-
 5 fen bei den armen Ländern, die Wohlstandsökonomien genießen das Endpro-
 6 dukt.⁵
- 7 • Steigender internationaler Handel bedeutet beschleunigte Stoffströme sowie
 8 Steigerung von Verkehr, Energieverbrauch, Schadstoff- und Treibhausgasemis-
 9 sionen. Die Ergebnisse für zukünftige Generationen sind der Treibhauseffekt,
 10 Klimakatastrophen und Ressourcenerschöpfung.
- 11 • Hegemoniale Interessen und die Sicherung neuer Rohstoffquellen führen zu-
 12 nehmend zu kriegerischen Interventionen reicher Industrienächte. Sie begüns-
 13 tigen damit politische Destabilisierung und die Aushöhlung demokratischer
 14 Rechte. Dies ist ein Grund für Gewalt, Krieg und Terror.
- 15 • Durch Finanz- und Wirtschaftskrisen – u.a. hervorgerufen aufgrund deregul-
 16ierter globaler Finanzmärkte – werden über Nacht ganze Volkswirtschaften
 17 ruiniert und verlieren Hunderttausende ihren Arbeitsplatz. Die Armut ist in die
 18 Industrieländer zurückgekehrt. Armut und Globalisierung erhöhen sexistische
 19 und strukturelle Gewalt gegen Frauen und steigern den transnationalen Handel
 20 mit Frauen und Kindern. Die Deregulierung der Arbeitsmärkte und der Sozial-
 21 abbau werden wesentlich mit Hilfe unter- und unbezahlter, flexibler Frauenar-
 22 beit vollzogen.⁶

**Umwelt-
zerstörung****Krieg**

23 3. *Triebkräfte der Globalisierung*

24 3.1 **Freihandelsdoktrin**

25 „Freihandel“ meint unbeschränkten Waren- und Dienstleistungsaustausch zwi-
 26 schen Nationalstaaten oder größeren oder kleineren Regionen. Das Gegenteil von
 27 Freihandel bedeutet dementsprechend nicht die Abwesenheit von Handel zwischen
 28 solchen Einheiten, sondern dessen Regulierung durch Ein- oder Ausfuhrbeschrän-
 29 kungen. Die Freihandelstheorie, ursprünglich von Ricardo mit dem Theorem der
 30 komparativen Kostenvorteile begründet, geht davon aus, dass Freihandel in jedem
 31 Fall für alle beteiligten Regionen bzw. Nationen von Vorteil sei und selbst zwi-
 32 schenzeitliche Ungleichheiten durch den vom Freihandel hervorgerufenen Produk-
 33 tionszuwachs bei weitem aufgewogen würden. So hätten sich Nationen, die sich für
 34 den Freihandel geöffnet hatten, ökonomisch deutlich vorteilhafter entwickelt. Heute
 35 bezieht sich diese Doktrin (die von IWF, Weltbank und WTO durchgehend vertre-
 36 tet wird) neben Waren und Dienstleistungen auf alle Produktionsfaktoren (Ströme
 37 von Arbeit, Kapital, Eigentumsrechten an Boden, Wissen). Eine wichtige Kontrover-
 38 se entspinnt sich aber schon beim Warenhandel:

**Komparative
Kosten-
vorteile**

39 **Position Globalisierung gerechter gestalten:** Freihandel ist als eine Form friedli-
 40 chen, gleichberechtigten Austausches zwischen Völkern und Regionen wün-
 41 schenswert; Freihandel als eine Form konzerngesteuerter Wirtschaft, frei von
 42 staatlicher und gesellschaftlicher Kontrolle sowie frei von Verantwortung für die
 43 Natur und die kommenden Generationen ist dagegen abzulehnen. Märkte brau-
 44 chen national wie international einen demokratisch fundierten Rahmen, der lenkt
 45 und erhält. Nur Volkswirtschaften, deren Regelsystem diese Funktionen ausfül-
 46 len kann, können erfolgreich Marktwirtschaften ausbilden und am internationa-
 47 len Handel teilnehmen. Noch nicht hinreichend entwickelte Volkswirtschaften
 48 müssen zunächst mit Hilfe protektionistischer Maßnahmen ihre Position stärken.
 49 Die Verfechter der Freihandeldoktrin verwechseln dagegen Ursache und Wir-
 50 kung.⁷

**Kicking away
the ladder**

51 **Position Entglobalisierung:** Handelsregulierung muss die Regel sein, von der
 52 Freihandel nur die begründete Ausnahme sein kann. Freihandel widerspricht
 53 unter anderem dem Ziel einer Internalisierung von sozialen und ökologischen

**Race to the
bottom**

1 Kosten und führt zu einem globalen Standardsenkungswettbewerb („race to the
2 bottom“). Selbst wenn dem durch internationale Vereinbarungen entgegenge-
3 wirkt werden könnte, widerspricht Freihandel immer noch den Vorteilen, die ei-
4 ne starke Regionalisierung der Wirtschaft für Demokratie und Ökologie hat und
5 zwingt zu einer Spezialisierung, die unabhängige Produzenten zu abhängigen
6 Konsumenten macht.⁸

7 **3.2 Wachstumsdoktrin**

8 Unumstritten ist, dass die Wachstumsdoktrin, z.B. in Verbindung mit der Freihan-
9 deldoktrin (vgl. I.3.1), ein wesentlicher Bestandteil der Globalisierungsideologie ist.
10 National wie global ist Wirtschaftswachstum, gemessen an den Indikatoren Brutto-
11 inlandsprodukt (BIP) oder Bruttosozialprodukt (BSP) das zentrale Ziel aller wirt-
12 schaftspolitischen Anstrengungen. Armut ist in der Sichtweise von IWF, Weltbank
13 und WTO das Resultat eines zu geringen Wirtschaftswachstums. Strittig ist in Attac
14 allerdings die Haltung zu Wirtschaftswachstum als solchem; für diese *Kontroverse*
15 verweisen wir auf Abschnitt II.1.1.

16 **3.3 Neue technologische Möglichkeiten und Bedingungen**

17 Die ökonomische Globalisierung ist untrennbar verbunden mit der Entwicklung
18 von Technologien, welche es erst ermöglichen, weltweit natürliche Ressourcen, Ge-
19 sellschaften und Individuen für das westliche Entwicklungsmodell nutzbar zu ma-
20 chen. Diese entgrenzenden Technologien wie Satelliten, Glasfasernetze und Com-
21 putertechnik tragen zur Ausbreitung von Informationen, Lebensstilen, Produkten,
22 Rechtsnormen und Infrastruktur bei. Begleitet wird diese geographische Entgren-
23 zung von einer zeitlichen Beschleunigung bislang ungekannten Ausmaßes. Moder-
24 ne Kommunikationstechnologien ermöglichen persönliche Kontakte und Geschäfte
25 auch mit abgelegensten Personen und Regionen.

Entgrenzung

26 Komplexe Technologien ziehen neue Grenzen durch die Gesellschaften. Sie erfor-
27 dern lange, teure Ausbildungszeiten. Durch die Spezialisierung im Arbeitsprozess
28 wird der Einzelne immer abhängiger von seiner ausgeübten Tätigkeit. Er empfindet
29 sich dabei immer mehr als ein Rädchen im Getriebe, das sich zunehmend glücklich
30 schätzt, wenn es am Produktionsprozess überhaupt noch Teil haben darf.

31 **3.4 Transnationale Konzerne (TNK)**

32 Als Triebkraft und Folge der neoliberalen Globalisierung nutzen Unternehmen im-
33 mer stärker ihre Möglichkeiten zu fusionieren, zu Global Players zu werden und
34 ihre Marktmacht auszuweiten. Inzwischen nutzen transnationale Konzerne ge-
35 schickt alle Lücken in Gesetzen und Unterschiede zwischen Regionen, um die Pro-
36 fite zu maximieren. Sie sind in der Lage, ihre Gewinne über Tochtergesellschaften
37 an fast jeden Ort der Welt zu verlagern, um ihre Besteuerung zu minimieren. Sie
38 erhalten mit dem Arbeitsplatzargument hohe Subventionen und tragen damit in
39 vielen Fällen zur explosiven Staatsverschuldung bei.

**Monopol und
Macht**

40 Die regionalen, nationalen und internationalen Gesetzgebungsorgane sind gegen-
41 über den TNK nicht mehr in der Lage, berechnete Interessen durchzusetzen. Zu-
42 sätzlich erhalten die TNK über Lobbyarbeit ihren Einfluss auf Gesetzgebung und
43 Handlungsweisen der Politik und erwirken z.B. Sozialabbau in Industriestaaten.
44 Durch die TNK wird weltweit der Graben zwischen Verlierern und Gewinnern im-
45 mer tiefer; zudem verschärfen sie Klimakatastrophen und andere ökologischen
46 Probleme. Die TNK errichten zunehmend ein globales Herrschaftssystem.

1 3.5 Das Welthandelssystem

2 Die Welthandelsorganisation (WTO) ging 1995 aus dem GATT (General Agreement
3 on Tariffs and Trade) von 1947 hervor, dessen Unterzeichner sich auf freihändlerische
4 Prinzipien verpflichteten. Der Geltungsbereich dieser Prinzipien wurde aus-
5 geweitet und zugleich wurden deutliche Senkungen der Durchschnittszölle erreicht.
6 Durch die 1994 abgeschlossene Uruguay-Runde des GATT verteilt sich der Zu-
7 wachst des Welthandels infolge der beschlossenen Handelsliberalisierung zu gut
8 zwei Dritteln auf die OECD-Wirtschaften und zu knapp einem Drittel auf den Rest
9 der Welt. Die WTO-Prinzipien unterminieren stringente Standards für die einheimische
10 Wirtschaft und stehen im Widerspruch zu einigen multilateralen Umweltab-
11 kommen. Aufgrund schwerer Mängel hat diese WTO keine Legitimation als multi-
12 laterales Forum.⁹

**Verpflich-
tung zum
Freihandel**

13 Viele arme Länder können ihre Interessen nicht in die Verhandlungsprozesse der
14 WTO einbringen, obwohl formal das Prinzip „one country – one vote“ gilt. Gleich-
15 zeitig sind die Kosten der administrativen Umsetzung von WTO-Abkommen e-
16 norm. Die Rechtsprechung hingegen geschieht durch das WTO-
17 Streitschlichtungsverfahren, das von Handelsjuristen ausgeübt wird.

18 Der Agrarsektor wurde mit dem Agreement on Agriculture (AoA) erst 1995 in die
19 multilaterale Welthandelsordnung einbezogen. Diese Einbeziehung ist sehr dürftig,
20 da Agrarlobbys und Regierungen der Industrieländer bisher keine substantiellen
21 Angebote gemacht haben, die den Interessen der sogenannten Entwicklungsländer
22 entgegen kommen. Exportsubventionen machen Überschüsse so billig, dass sie auf
23 ausländischen Märkten verkauft werden können. Die OECD-Landwirte erhielten
24 2001 rund 230 Milliarden US-Dollar an Subventionen, das waren rund 35% (21%)
25 der Einkommen der EU (US-)Landwirte.

26 Das Abkommen TRIPS (Trade-Related Intellectual Property Rights) soll geistiges
27 Eigentum international schützen, vor allem indem weltweite Patentrechte geschaf-
28 fen und durchgesetzt werden. Für TNK sind geistige Eigentumsrechte eine wichtige
29 Einrichtung zum Ausbau und zur Festigung ihrer marktbeherrschenden Stellung.
30 Das TRIPS-Abkommen ermöglicht die privatwirtschaftliche Ausbeutung geneti-
31 schen Materials (Patente auf Leben) und bringt dadurch die Landwirtschaft in den
32 sogenannten Entwicklungsländern zunehmend unter die Kontrolle der Pharma-
33 Unternehmen. Dies führt zu einem radikalen Verlust an agrarischer Biodiversität.

**Geistiges
Eigentum**

34 3.6 Die EU: Motor der Globalisierung

35 Regionale Wirtschaftsblöcke wie die EU und bilaterale Abkommen mächtiger
36 Volkswirtschaften mit schwächeren spielen für die neoliberale bzw. kapitalistische
37 Globalisierung eine mindestens ebenso wichtige Rolle wie internationale Organisa-
38 tionen. Die EU zeigt sich nach außen – ob in der WTO oder in bilateralen Handels-
39 gesprächen (z.B. mit den AKP-Staaten) – neben den USA als treibende Kraft bei der
40 Handelsliberalisierung. Innerhalb Europas hat sie die Ideologie des Freihandels und
41 der Liberalisierung der Kapitalströme weit schneller und entschlossener umgesetzt
42 als die internationalen Handels- und Finanzinstitutionen auf globaler Ebene. Damit
43 wurde in den EU-Mitgliedstaaten in weiten Teilen das vorgelebt, was heute welt-
44 weit durchgesetzt werden soll. Die Aufrüstung der EU – wie sie auch im EU-
45 Verfassungsentwurf geboten ist – sowie der Aufbau einer EU-Interventionsarmee
46 dienen auch der militärischen Absicherung der ökonomischen Expansion der EU.¹⁰

**Aggressive
Handels-
blöcke**

47 Während der Verwirklichung des EU-Binnenmarktprojektes stieg die Erwerbslosig-
48 keit nahezu ununterbrochen. Die Durchsetzung des neoliberalen Wirtschafts- und
49 Wachstumsmodells hat zu einem massiven Anstieg des Verbrauchs natürlicher Res-
50ourcen und der Umweltzerstörung geführt, was die EU-Umweltpolitik trotz ein-
51 zelner Erfolge nicht verhindern konnte. Die Europäische Wirtschafts- und Wäh-
52 rungsunion (EWWU) und die Einführung des Euro Anfang 2003 sind ein wesentli-
53 cher Schritt zur Vollendung des Europäischen Binnenmarktes. Eine gemeinsame
54 europäische Währung kann dazu beitragen, auch über Europa hinaus schädliche

**EU-
Binnenmarkt**

1 Wechselkursschwankungen sowie ihre spekulative Ausnutzung zu verhindern und
 2 die Koordinierung der Währungspolitik zu erleichtern. Mit den Grundpfeilern der
 3 EWWU wurden allerdings die Weichen in eine Richtung gestellt, die im Hinblick
 4 auf ein demokratisches und solidarisches Europa höchst fragwürdig sind.

5 Die Geldpolitik der unabhängigen Europäischen Zentralbank (EZB) ist vor allem
 6 dem Ziel der Inflationsbekämpfung verpflichtet. Während sich Kapitalanleger da-
 7 durch auf hohe Renditen ohne große Inflationsrisiken verlassen können, werden
 8 arbeitsmarktpolitische und konjunkturelle Auswirkungen der Geldpolitik vernach-
 9 lässigt. Der europäische Stabilitäts- und Wachstumspakt bindet die Ausgabenpolitik
 10 der Regierungen an diese EZB-Ausrichtung – er schreibt die Verringerung der
 11 Staatsverschuldung verbindlich vor und verhindert nicht nur eine konjunkturför-
 12 dernde Wirtschaftspolitik in Zeiten der Krise, sondern hat auch in zahlreichen Län-
 13 dern zur Kürzung sozialer Leistungen geführt.

**Rolle der
EZB**

14 **Position Zukunft des Wachstums:** Die einseitige Ausrichtung der EZB auf die
 15 Inflationsbekämpfung verhindert, dass die Geldpolitik das Wirtschaftswachstum
 16 ankurbelt. Ebenso vernachlässigt der Stabilitätspakt den Aspekt des Wachstums,
 17 weil er nicht auf die Konjunkturphasen reagiert. Das Beispiel der US-Geldpolitik
 18 ebenso wie der US-Ausgabenpolitik zeigt, dass es anders möglich ist.

19 **Position Abschied vom Wachstum:** Zielsetzung einer „Ökonomie im stationären
 20 Zustand“ ist es, dass alle Politikbereiche, also auch die Geldpolitik, die Finanz-
 21 und die Konjunkturpolitik, das makroökonomische Ziel des BIP-Wachstums
 22 aufgeben (die Wachstumskontroverse ist ausführlich in Abschnitt II.1.1 darge-
 23 stellt).

24 Über die Hälfte des Finanzhaushalts der Europäischen Union wird für die gemein-
 25 same Agrarpolitik (GAP) ausgegeben. Noch immer steht dabei die Steigerung der
 26 Produktionsmengen im Vordergrund. Das führt unter anderem dazu, dass hoch
 27 subventionierte landwirtschaftliche Erzeugnisse aus der EU an der Zerstörung regi-
 28 onaler Märkte in sogenannten Entwicklungsländern beteiligt sind, Böden und
 29 Grundwasser verseucht werden und Methanemissionen nicht unerheblich zur Er-
 30 wärmung der Erdatmosphäre beitragen.

Agrarpolitik

31 **Position Gegen aggressive EU-Expansion nach außen und innen:** Im Jahr 2000
 32 verabschiedeten die EU-Regierungschefs in Lissabon eine aggressive Expansi-
 33 onsstrategie: Innerhalb von zehn Jahren soll die EU zum wettbewerbsfähigsten
 34 und dynamischsten Wirtschaftsraum der Welt werden. Die damit einhergehende
 35 forcierte Fortsetzung der Liberalisierungs- und Deregulierungslogik wird – wie
 36 schon bei der Konstruktion des Euro und beim Abbau der sozialen Sicherungs-
 37 systeme – nicht die versprochenen Verbesserungen der Lebensbedingungen für
 38 alle Menschen bringen, sondern nur eine Minderheit begünstigen. Und beim
 39 Kampf um Weltmarktanteile sind zukünftig militärische Interventionen der EU
 40 vorprogrammiert.

41 **Position EU als Stoßdämpfer:** Die EU hat den Druck der neoliberalen Globalisie-
 42 rung zwar teilweise nach innen weitergegeben (Stabilitätspakt, Lissabon-
 43 Strategie), aber dadurch eine bessere Abfederung gegen die Schockwellen der
 44 globalisierten Finanzmärkte erreicht, als es einzelnen Nationalstaaten je möglich
 45 gewesen wäre. Forderungen nach sozialen und ökologischen Mindeststandards
 46 sind heute – wenn überhaupt – nur auf EU-Ebene durchsetzbar, z.B. wird z.Zt.
 47 eine ambitionierte Chemikaliengesetzgebung diskutiert. Im Bereich der öffentli-
 48 chen Dienstleistungen gibt es in den Regionen und Kommunen wie im EU-
 49 Parlament Ansätze, der von der EU-Kommission vorangetriebenen Deregulie-
 50 rungsinitiativen (Stichworte: Grünbuch Dienstleistungen von allgemeinem Inter-
 51 esse, Bolkestein-Richtlinie) einen Riegel vorzuschieben. Die Sicherheitsdoktrin
 52 der EU enthält im Gegensatz zu den USA eine starke Betonung von Armutsbe-
 53 kämpfung, Ressourcenzugang usw.; Präemption wird einmütig abgelehnt. Zu-
 54 dem gibt die EU pro Jahr 33 Mrd. Euro für die Unterstützung schwacher EU-
 55 Regionen aus – darin liegt ein Bekenntnis zu einer solidarischen Politik jenseits
 56 der Marktlogik, das in Zukunft gestärkt werden muss.¹¹

**Standards
und
Solidarität**

1 3.7 Globale Finanzströme und ihre Institutionen (IWF und Welt- 2 bank)

3 Eine mächtige Triebkraft der wirtschaftlichen Globalisierung sind die internationa-
4 len Finanzmärkte. Sie erreichten eine neue Dimension mit der Auflösung des Sys-
5 tems fester Wechselkurse und der daran anschließenden, auch vom Internationalen
6 Währungsfonds (IWF) vorangetriebenen Liberalisierung der Finanz- und Banken-
7 märkte.

8 3.7.1 Zinsdebatte

9 Im Jahr 2001 lag der globale Devisenmarktumsatz pro Tag bei rund 1 200 Mrd. US-
10 Dollar. Nur 30-40 Mrd. davon reichen zur Abwicklung des Welthandels, der Rest ist
11 spekulatives Kapital. Im Jahr 2002 hatten 80% der weltweiten Kapitalflüsse von ca.
12 2 000 Mrd. Euro pro Tag eine Anlagedauer von unter 7 Tagen. Während das bun-
13 desdeutsche BIP seit 1991 um 9% gewachsen ist und die Nettolöhne um 2% gesun-
14 ken sind, wuchsen Zinserträge und Geldvermögen real um 60%. Damit wachsen die
15 Geldbestände schneller als die allgemeine Wirtschaft, die Kaufkraft der Arbeitneh-
16 mer wird geringer, da die Vermögen sehr ungleich verteilt sind. 2001 haben die
17 Banken in Deutschland ihren Anlegern 391 Mrd. Euro oder 66% der Nettolöhne
18 gutgeschrieben.¹²

**Ungleichheit
nimmt zu**

19 **Position Freigeldtheorie:** Die kapitalistische Komponente unseres Wirtschafts-
20 systems basiert auf dem Zins als Anreiz zur langfristigen Anlage von Geldver-
21 mögen. Geld ist per se kein gerechtes Tauschmittel. Der Wert von Gütern ist zeit-
22 abhängig: bei Knappheit hoch, bei Überfluss oder Alterung niedrig. Dies gilt
23 noch extremer bezüglich Arbeitskraft. Der Geldbesitzer ist demgegenüber hoch
24 privilegiert. Den Unternehmen kann Geld langfristig als Kredit gegen Bezahlung
25 von Zinsen für Investitionen zur Verfügung gestellt werden. Dank dieser Inves-
26 titionen vermehrt sich das Kapital, die allgemeine Produktivität und damit der
27 Wohlstand. Mit zunehmender Vermehrung und Verfügbarkeit des Kapitals sinkt
28 jedoch der Zins, auch weil Unternehmen bei weitgehender Marktsättigung in
29 den Industrieländern keine hohen Kreditzinsen mehr bezahlen können.

**Zins =
Kapitalismus**

30 Die seit den 1970er Jahren ständig über den – noch stärker zurückgehenden – re-
31 alen BIP-Wachstumsraten liegenden Zinssätze tragen wesentlich zu einer Um-
32 verteilung des Reichtums bei: von der Arbeit zum Besitz, national und zwischen
33 den Staaten (Nord vs. Süd). Damit wachsen die Geldbestände schneller als die
34 allgemeine Wirtschaft. Immer größere Kapitalakkumulationen suchen nach Ren-
35 ditemöglichkeiten und erzwingen die Privatisierung öffentlicher Bereiche. Diese
36 Situation war in der Vergangenheit immer der Ausgangspunkt für Kolonialisie-
37 rung und Krieg, für Währungs- und Verschuldungskrisen. Somit ist unser der-
38 zeitiges Zinssystem die entscheidende Ursache für die weltweite Neoliberalisie-
39 rung, für steigende Rüstungsaufgaben und systemimmanente Kriege, die ca. alle
40 70 Jahre die angehäuften Vermögen (und damit verbundenen Staatsschulden)
41 wieder reduzieren. Für eine gerechtere Geldwirtschaft muss daher der Zins
42 letztlich gegen Null sinken.¹³

43 **Position Kapitalismuskritik:** Der Kapitalismus basiert auf konkurrenzgetriebe-
44 ner Profitsteigerung und Kapitalakkumulation; Der Zins ist nur ein Ausdruck
45 der Verwertungsinteressen des Kapitals, er ist real bestimmt und deshalb keine
46 eigenständige Triebkraft: „Der Kapitalismus ist wie das berühmte Fahrrad, das
47 immer in Schwung bleiben muss, wenn es nicht fallen soll, und die Konzerne
48 stehen in Konkurrenz zueinander, um zu sehen, wer am kräftigsten in die Pedale
49 treten kann, bevor er gegen die Wand fährt“. Diese Bewegung des Kapitalismus
50 hat historisch eine enorme Steigerung der Produktivkräfte erreicht und zu einem
51 Überfluss an materiellen Gütern geführt. Heute ist der Kapitalismus jedoch mehr
52 und mehr destruktiv: Immer größere Kapitalakkumulationen suchen weltweit
53 nach Renditemöglichkeiten und erzwingen die Privatisierung öffentlicher Berei-
54 che. Die sozialen Ungleichheiten verschärfen sich immer stärker (s.o.), es gibt ei-
55 ne strukturelle Sockel-Erwerbsarbeitslosigkeit – immer weniger Menschen und
56 Regionen können mit den Weltmarktanforderungen, die über die globalisierten

**Profit, nicht
Zins!**

1 | Finanzmärkte blitzschnell in jede Weltregion vermittelt werden, mithalten. Die
 2 | Individuen werden durch den Rhythmus des Turbokapitalismus entwurzelt und
 3 | vereinzelt.¹⁴

4 | **3.7.2 Verschuldung**

5 | Dass sich ein kleiner Teil der Weltbevölkerung in den reichen Ländern des Nordens
 6 | auf Kosten der Mehrheit der Menschen im Süden anhaltend bereichert, ist einer der
 7 | Hauptgründe für globale, häufig gewaltsam ausgetragene Konflikte. Die Verschul-
 8 | dung des Südens bei nördlichen Gläubigern ist dabei einer der wichtigsten Mecha-
 9 | nismen von Bereicherung bzw. Verarmung. Bisherige Schuldenerlasse wurden zum
 10 | überwiegenden Teil zu Lasten der Steuerzahler der Industrieländer vereinbart, die
 11 | somit die Zinseinnahmen privater Anleger sichern. Ein strukturelles Problem kann
 12 | nicht allein durch einzelne Schuldenerlasse überwunden werden. Vielmehr müssen
 13 | die Beziehungen zwischen Schuldnern und Gläubigern auf eine neue Grundlage
 14 | gestellt werden.

**Der Süden
in der
Schulden-
falle**

15 | **3.7.3 Rolle von IWF und Weltbank**

16 | Die Weltbank und der IWF sind die Träger der nach dem Zweiten Weltkrieg in
 17 | Bretton Woods entstandenen Weltfinanzordnung. Die von ihnen finanzierten Groß-
 18 | projekte stehen einer lokalen eigenständigen Entwicklung oft entgegen.

19 | Der Washington Consensus überhöhte den IWF zu einem Machtinstrument, um die
 20 | neoliberale Doktrin durchzusetzen, ohne Ansehen spezifischer Situationen von
 21 | Volkswirtschaften. Lange genug hat der IWF als Krisenmanager – in Asien 1997/98,
 22 | Brasilien 1998/99 und Argentinien 2001 – versagt und die Krisen im Interesse der
 23 | wirtschaftlich Mächtigen noch verschärft. Immer wieder intervenierte er in den Kri-
 24 | senländern, um als Schuldeneintreiber das Kapital der ausländischen Gläubiger und
 25 | Kapitalanleger zu retten.¹⁵

26 | Im IWF und in der Weltbank haben die USA eine Vetoposition und zehn Industrie-
 27 | länder zusammen eine absolute Mehrheit. Sie bestimmen damit die internationale
 28 | Finanzordnung allein, und sie richten sich dabei oft nach den Interessen von Banken
 29 | und Multis und nicht nach denen der Menschen in jenen 130 sogenannten Ent-
 30 | wicklungsländern, die zusammen nur rund 33% der Stimmen halten.

**Neoliberale
Interessen-
politik**

31 | Die globalisierten Finanzmärkte verlangen stabile Währungen, ausgeglichene Bud-
 32 | gets und Rückzahlung der Auslandsschulden. Nötig ist daher die Erwirtschaftung
 33 | von Exportüberschüssen und Devisen. Für die sogenannten Entwicklungsländer
 34 | bedeutet dies hauptsächlich den Verkauf ihrer natürlichen Ressourcen. Fallende
 35 | Preise und Währungen führen zu weiter steigender Ressourcenextraktion, um den
 36 | Geldwert der Exporte stabil zu halten. Dass sich damit die Handelsbedingungen
 37 | verschlechtern, ist ein herausragender Faktor sowohl für die Armutsentwicklung in
 38 | vielen Regionen der Welt als auch – damit zusammenhängend – für die
 39 | Wohlstandsgewinne in den Industriestaaten.

40 | **3.8 Globale Machtasymmetrien schaffen Gewaltpotenziale**

41 | Die ungleiche und asymmetrische Entwicklung, die sich in und zwischen den ver-
 42 | schiedenen Gesellschaften und Nationen auf der Grundlage der kapitalistischen
 43 | Wirtschaftsordnung unter neoliberalem Regime ergibt, wird durch die Kriege ge-
 44 | stärkt, welche die G8-Staaten führen und geführt haben, sowie durch viele Klein-
 45 | kriege in einer ganzen Reihe von Ländern der Peripherie. Die Opfer sind in der
 46 | Mehrheit Frauen und Kinder.¹⁶

Krieg

47 | In diesen Kriegen geht es um weltweite oder regionale Vorherrschaft, um die Kon-
 48 | trolle wichtiger Rohstoffe, um die Kontrolle von Waren- und Finanzmärkten, um
 49 | die Kontrolle von Migrationströmen oder um den verzweifeltten Kampf um Überle-
 50 | benschancen.

51 | Die politische Ökonomie der westlich dominierten Weltgesellschaft bereitet auf die-
 52 | se Weise nicht zuletzt die Grundlage für terroristische Aktivitäten. Diese Entwick-
 53 | lungen in der Welt wie ethnische Massaker, Vertreibungen und Terror liefern

Terrorismus

1 gleichzeitig die willkommenen Vorwände, um unter Verweis auf die Aufrechter-
2 haltung des westlichen Wertehorizonts (Freiheit, Demokratie, Menschenrechte,
3 Marktwirtschaft, die Achse des Guten) die nach dem Zweiten Weltkrieg bis zum
4 Ende des Kalten Krieges entwickelten und anerkannten rechtlichen Standards (UN-
5 Charta, Menschenrechte, Völkerrecht, Genfer Konvention) massiv zu deregulieren.
6 Ein Beispiel hierzu ist die Nichtanerkennung des Internationalen Gerichtshofes in
7 Den Haag durch die USA.

8 Solange nicht überall menschenwürdige Arbeits- und Lebensbedingungen herr-
9 schen, ist Freizügigkeit ein Privileg weniger, während die meisten MigrantInnen
10 durch wirtschaftlichen Druck oder durch Verfolgung zum Verlassen ihrer Heimat
11 gezwungen werden. Viele Migrantinnen werden nicht nur Opfer materieller, son-
12 dern auch sexueller Ausbeutung. MigrantInnen werden oft als billige Arbeitskräfte
13 eingesetzt, um einheimische zu erpressen. So werden jene Menschen, nach dem
14 Verlust ihrer Heimat, erneut zu Opfern, es kommt zu schweren sozialen Spannun-
15 gen und oft weiteren gewaltsamen Konflikten.

Migration

II. Eine alternative Weltwirtschaftsordnung ist möglich

1. Leitbilder und Leitideen

1.1 Leitbild: Nachhaltige Entwicklung

1992 einigte sich die Weltgemeinschaft auf der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro auf das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung, wobei die Industriestaaten ihre vorrangige Verantwortung für ein Umsteuern in Richtung ressourcenschonender Entwicklung anerkannten. Die Erklärung von Rio proklamiert: „Das Recht auf Entwicklung muss derart verwirklicht werden, dass die Bedürfnisse gegenwärtiger und zukünftiger Generationen auf Entwicklung und Umwelt gerecht erfüllt werden“ (Grundsatz 3). Das Prinzip der nachhaltigen Entwicklung wird seitdem gerne für Fensterreden verwendet, tatsächlich umgesetzt wird jedoch das der neoliberalen Globalisierung, wie es in der WTO seit 1995 sinnbildlich institutionalisiert wurde: anstelle eines den Naturverbrauch beschränkenden Umweltschutzes das Niederreißen jeglicher Beschränkungen.¹⁷

Trotz der Vereinnahmung des Nachhaltigkeitskonzeptes („nachhaltige Globalisierung“) enthält dieses Konzept ein grundlegend kritisches Potential gegenüber den herrschenden ökonomischen und ökologischen Ausbeutungsverhältnissen. Nach dem Gleichheitsgrundsatz haben alle Menschen auf der Erde das gleiche Recht auf Entwicklung und damit gleiche Zugangs- und Nutzungsrechte zu Ressourcen und der Umwelt (Boden, Luft und Wasser). Dieses Recht wird jedoch begrenzt durch die Endlichkeit des Ökosystems Erde sowie die gleichrangigen Rechte zukünftiger Generationen. Demgemäß haben die sogenannten Entwicklungsländer ihre Nutzungsrechte bei weitem noch nicht ausgeschöpft, die Industrieländer hingegen ihr Konto längst und bei weitem überzogen. Es können nicht weiterhin 20% der Weltbevölkerung 70-80% der natürlichen Ressourcen konsumieren; ansonsten ist eine Überwindung der Armut in den Ländern des Südens bei Wahrung der globalen ökologischen Stabilität nicht möglich.

Eine wichtige Kontroverse entzündet sich am Verhältnis von Nachhaltigkeit und Wachstum. Wirtschaftswachstum wird anhand der Indikatoren BIP oder BSP gemessen, in denen alle Transaktionen positiv bilanziert werden, gleichgültig, ob es sich dabei um gesellschaftlich oder ökologisch nützliche oder schädliche Aktivitäten oder um Reparaturkosten handelt; außerdem wird nur bilanziert, was in Geldwerten erfasst wird. Andere Indices für ökonomischen Wohlstand wie der Genuine Progress Indicator (GPI) versuchen im Gegensatz zum BIP die realen sozialen und ökologischen Kosten der Wirtschaftstätigkeit mit einzubeziehen, darunter Faktoren wie Ressourcenbestand, Umweltverschmutzung, Freizeit, Gesundheit, Kriminalität, Verteilungsgerechtigkeit, Arbeitslosigkeit sowie unbezahlte Arbeit in Ehrenamt und Haushalt. Auffällig ist zumindest, dass sich seit den 70er Jahren die Arbeitslosigkeit in den Industrieländern trotz anhaltenden BIP-Wachstums vervielfacht hat.

Position Abschied vom Wachstum: Eine nachhaltige Weltwirtschaftsordnung setzt die Abkehr von einer Fortschritts- und Entwicklungsidee voraus, die auf Wirtschaftswachstum basiert – und das zunächst und vor allem in den industrialisierten Ländern, die mit ihrem übermäßigen Ressourcenverbrauch die Lebenschancen der Menschen im Süden und der künftigen Generationen verringern. In den wenig industrialisierten Ländern dagegen könnte das Wachstum bestimmter Wirtschaftssektoren, auch das des BIP insgesamt, durchaus ein wichtiger und notwendiger Bestandteil auf dem Weg aus der Armut sein; entscheidend jedoch ist, auf welcher Ressourcenbasis und unter welchen sozialen Bedingungen dieses Wachstum stattfindet. Das lässt sich am BIP selbst aber nicht ablesen.

Rio-Konferenz

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung

Alternative Indices zum BIP wie der GPI (siehe oben) deuten darauf hin, dass in den Industriestaaten ab einem Wendepunkt, der zwischen ca. 1970 (USA) und ca. 1980 (BRD) lag, der Wohlstand bei anhaltendem BIP-Wachstum sinkt. Eine Steigerung des Pro-Kopf-BIP kann zeitweilig mit einer Erhöhung der Lebensqualität einhergehen, dann jedoch in das Gegenteil umschlagen; die Grenzkosten übersteigen dann den Grenznutzen. Dementsprechend ist Wirtschaftswachstum auch kein Heilmittel gegen Massenarbeitslosigkeit in den Industrieländern: Bei jedem Konjunkturaufschwung finden Investitionen in kapitalintensive Technologien statt, so dass sich seit den 70er Jahren beim nächsten Abschwung ein noch höheres Plateau an Erwerbsarbeitslosigkeit als zuvor ergab.¹⁸

BIP-Wachstum als makroökonomisches Ziel ist aufzugeben. Anzustreben ist statt dessen eine Ökonomie im stationären Zustand (Steady-State Economy), die die Nettodurchlaufmenge der Weltwirtschaft an Materie und Energie auf einem nachhaltigen Niveau konstant hält. Sinkende Stoffströme können hierbei durchaus auch ein Schrumpfen des BIP zur Folge haben. Es gilt in den sogenannten Entwicklungsländern auch die Chance zu nutzen, direkt auf ressourcenleichte Produktions-, Verteilungs- und Konsumweisen zu setzen, zu denen die Industrieländer ohnehin finden müssen.¹⁹

[Der folgende Absatz ist innerhalb der Nachhaltigkeitsdebatte umstritten. Frauenbewegungen kritisieren, dass quantitative und qualitative Kontrolle der Bevölkerung am weiblichen Körper ausgetragen wird. Sie setzen selbstbestimmte Geburtenkontrolle und „reproduktive Rechte“ als Gegenkonzept gegen demografische Regulierungspolitik.]

Der Gesamtnaturverbrauch ist ein Produkt aus drei Faktoren: Jeder Konsum führt zu Naturverbrauch (Naturverbrauch pro Einheit Konsum); jeder Mensch konsumiert (Konsum pro Kopf); diese beiden multipliziert mit der Anzahl der Menschen (Bevölkerungszahl) ergeben den Gesamtnaturverbrauch. Daraus kann die Forderung nach einer demografischen Regulierungspolitik abgeleitet werden, welche die Tragfähigkeit der Natur berücksichtigt. Wichtiger als das BIP pro Kopf sind hier direkte Maßnahmen, vor allem zur Familienplanung, aber auch zur Verbesserung des Bildungsstands und des Arbeitsplatzangebots – speziell für Frauen –, zur sozialen Altersfürsorge und zur Senkung der Kindersterblichkeit.²⁰

Um unser bisheriges Wachstums- und Entwicklungsmodell (und die dahinter stehenden Kapitalinteressen, das westliche Konsummodell und die asymmetrischen Wirtschaftsbeziehungen) nicht in Frage stellen zu müssen, hat man als Ausweg aus dem Widerspruch zwischen Wachstum und Nachhaltigkeit den Begriff des „nachhaltigen Wachstums“ geprägt, der bereits vielerorts die „nachhaltige Entwicklung“ ersetzt. Es zeigt sich jedoch, dass die (bisher ohnehin nicht ausreichenden) technischen Gewinne bei der Umwelteffizienz durch das Produktionswachstum national wie global bei weitem überkompensiert werden (Bumerang-Effekt), die absolute Belastung also in wichtigen Bereichen steigt. Genauso wenig ist die oft beschworene Umschichtung zugunsten des Dienstleistungssektors hinreichend, unter anderem, weil dieser weitaus weniger „ressourcenleicht“ ist, als vielfach angenommen wird. Ist in den westlichen Industrieländern in den letzten Jahren eine Abnahme z.B. des Energieverbrauchs festzustellen, so liegt das lediglich am Nettoimport ökologischer Kapazität, der infolge der Globalisierung zunimmt. Angesichts der Dimensionen der drohenden ökologischen und daraus folgenden sozialen Katastrophen gibt es somit keine rein technologische Lösung, sondern ist ein tieferer struktureller Wandel notwendig. Laut Umweltprogramm der Vereinten Nationen müssen die Industrieländer ihren Rohstoffverbrauch um 90% senken und ihr Konsumverhalten ändern – eine Zielsetzung, die dem Prozess der weiteren Globalisierung und der allseits angestrebten Produktionssteigerung durch weitere Liberalisierung des Welthandels diametral entgegengesetzt ist.²¹

Position Zukunft des Wachstums: Weiteres Wirtschaftswachstum mit den derzeitigen Produktionstechnologien führt zu weiterer Verschwendung knapper Ressourcen und weiterer Umweltbelastung. Daraus folgt jedoch nicht die Forde-

Steady-State Economy

Umwelteffizienz?

Technischer Fortschritt

1 rung nach Nullwachstum, sondern die Forderung nach Änderung der Produkti-
 2 onstechnologien, nach nachhaltigem (und verteilungsgerechtem!) Wachstum. Die
 3 ökologische Problematik muss zwar in der vollen Breite anerkannt werden, aber
 4 BIP-Wachstum wird sich durch technologischen Fortschritt und Umschichtungen
 5 innerhalb und zwischen den Wirtschaftssektoren vom Naturverbrauch entkop-
 6 peln lassen.

7 Weiteres Wirtschaftswachstum ist notwendig: Arbeitslosigkeit und Armut auf
 8 der Welt sind nicht bei Nullwachstum zu bekämpfen. Es müssen mehr und bes-
 9 ser bezahlte Arbeitsplätze entstehen. Beschäftigung ist eine abhängige Variable
 10 der Produktionsmenge. Also muss die Produktionsmenge wachsen. Selbst wenn
 11 eine radikale Umverteilung von Vermögen, Einkommen und Arbeit bei Null-
 12 wachstum politisch durchsetzbar wäre, würde die Weltbevölkerung für immer in
 13 konstanter Armut leben. Hinzu kommt, dass die Weltbevölkerung wächst und
 14 damit ständig mehr Arbeitsplätze und damit Wachstum benötigt, um ihren Le-
 15 bensstandard auch nur zu erhalten. Hinzu kommt auch, dass die ständig stei-
 16 gende Arbeitsproduktivität durch technischen Fortschritt ständig Arbeitsplätze
 17 vernichtet und daher Wachstum notwendig ist, um die bestehende Beschäfti-
 18 gung auch nur zu erhalten.

19 1.2 Leitideen für zukunftsfähige Gesellschaften

20 Neben dem Leitbild der Nachhaltigkeit gibt es verschiedene Leitideen, Grundsätze,
 21 „Kernprinzipien für zukunftsfähige Gesellschaften“, welche die globalisierungskri-
 22 tische Bewegung einen und das Fundament unserer Gegenentwürfe zur neoliberalen
 23 bzw. kapitalistischen Globalisierung formen.²²

24 1.2.1 Vielfalt und Kooperation

25 Vielfalt ist der Schlüssel für Vitalität, Anpassungsfähigkeit und Erneuerungsfähig-
 26 keit menschlicher Gesellschaften. Der Reichtum menschlicher Erfahrung und
 27 menschlichen Potenzials spiegelt sich in der kulturellen Vielfalt, die einen Ansporn
 28 für soziale, intellektuelle und spirituelle Innovationen gibt. Außerdem vermittelt sie
 29 ein Gefühl von Identität, Zusammengehörigkeit und Lebenssinn. Kulturelle Vielfalt
 30 bedeutet, dass alle Kulturen der Welt eigenständige Wertsysteme besitzen. Eine
 31 alternative Weltwirtschaftsordnung muss diese Eigenständigkeit anerkennen. Viel-
 32 falt kann nicht ausschließlich nach dem Kriterium der (monetären) Marktfähigkeit
 33 bewertet werden. Denn damit gehen Prozesse der Externalisierung einher, d.h. der
 34 Ausblendung, Abwertung und Aneignung reproduktiver Leistungen. Es sind je-
 35 doch gerade diese reproduktiven Leistungen, die gesellschaftliche Vielfalt ermögli-
 36 chen: Zu ihnen gehören die unbezahlten, oft von Frauen geleisteten Sorge- und Ü-
 37 berlebensarbeiten, die gemeinsam mit der Produktivität der ökologischen Natur die
 38 Grundlagen allen ökonomischen Handels bilden. Im herrschenden (neoliberalen)
 39 Denken jedoch gelten natürliche, kulturelle und menschliche Vielfalt nicht als ei-
 40 genständige Werte.

**Kulturelle
Eigenständi-
gkeit**

41 Wettbewerb im Sinne der Vielfalt ist belebend. Die neoliberale bzw. kapitalistische
 42 Konkurrenz ist jedoch auf Verdrängung angelegt und zerstörerisch. Zukunftsfähige
 43 Gesellschaften leben von der Fähigkeit zur Kooperation. Sie begreifen die Menschen
 44 als sozial vernetzt, daher schaffen und bewahren sie Raum für die Bildung von Ko-
 45 operationen. Hierunter fallen die Markt-, die Versorgungs- und die Non-Profit-
 46 Organisationen gleichermaßen.²³

**Soziale
Einbettung**

47 1.2.2 Menschenrechte und Arbeit in Würde

48 1948 haben die Regierungen der Welt den 30 Artikeln der Menschenrechtsdeklarati-
 49 on der Vereinten Nationen zugestimmt, die jedem Menschen politische bzw. bür-
 50 gerliche ebenso wie ökonomische, soziale und kulturelle Grundrechte garantiert.
 51 Hinter diesen Standard darf die Politik nirgendwo auf der Welt zurückfallen, auch
 52 wenn sie bisher nur für eine – zumeist männliche – Minderheit der Weltbevölke-
 53 rung Wirklichkeit geworden sind. So soll etwa eine Lebenshaltung gewährleistet
 54 werden, die Frauen, Männern und Kindern gleichermaßen „Gesundheit und Wohl-

**Vorrang
für die
Menschen-
rechte**

1 befinden, einschließlich Nahrung, Kleidung, Wohnung, ärztliche Betreuung und der
2 notwendigen Leistungen der sozialen Fürsorge“ erschließt.

3 Manche Leute meinen, das Prinzip der Menschenrechte könne mit dem Prinzip der
4 Subsidiarität (siehe III.1.2.5) in Konflikt geraten, etwa durch spezifische Praktiken
5 mancher Gesellschaften (z.B. die Verstümmelung weiblicher Genitalien). Wir treten
6 für den Vorrang der Menschenrechte bei einem Konflikt dieser beiden Prinzipien
7 ein.

8 Die Menschenrechtsdeklaration der Vereinten Nationen bestätigt das Recht aller
9 Menschen auf „Arbeit, freie Berufswahl, angemessene und befriedigende Arbeits-
10 bedingungen sowie den Schutz gegen Arbeitslosigkeit“. In den Ländern des Südens
11 sichern die meisten Menschen den Lebensunterhalt ihrer Familien durch Arbeit im
12 sogenannten informellen Sektor. Davon sind Frauen überproportional betroffen. In
13 den Industrieländern halten vergleichbare Formen unsicherer Beschäftigung
14 (Scheinselbstständigkeit u.a.m.) wieder Einzug. Vielen dieser Menschen hilft die
15 neoliberale bzw. kapitalistische Globalisierung nicht, sondern raubt ihnen die Mög-
16 lichkeit, in Würde zu arbeiten. Und viele, die eine Arbeitsstelle haben, arbeiten un-
17 ter unwürdigen oder gefährlichen Bedingungen oder unter ständig steigendem
18 Druck. Zukunftsfähige Gesellschaften müssen beides leisten: Einerseits den Schutz
19 der Arbeitnehmerrechte im formellen Sektor, vor allem durch Stärkung der Ge-
20 werkschafts- und Mitbestimmungsrechte, sowie durch eine gleichmäßige Vertei-
21 lung der Arbeit auf alle, das bedeutet eine umfassende Arbeitszeitverkürzung, vor
22 allem in den Industrieländern. Andererseits ein gesichertes Mindesteinkommen und
23 Sozialrechte aller Menschen, die im sogenannten informellen Sektor oder in unsi-
24 cheren Beschäftigungsverhältnissen arbeiten oder durch Arbeitslosigkeit ausge-
25 grenzt werden.²⁴

26 Weitgehende Arbeitszeitverkürzungen bei existenzsicherndem Einkommen bieten
27 auch die Möglichkeit für eine Entfaltung freier Tätigkeiten jenseits der Erwerbsar-
28 beit: vielfältige Formen der Eigenarbeit, Selbstorganisation, soziale Tätigkeit und
29 eine Neuaufteilung der Familienarbeit zwischen Männern und Frauen. So kann die
30 Bedeutung von Erwerbsarbeit hinter die freien Tätigkeiten zurücktreten; einkom-
31 mensbezogener Wohlstand verliert an Gewicht gegenüber den Zuwächsen an
32 selbstbestimmter Zeit (Zeitwohlstand).

33 Voraussetzung für eine soziale Weltwirtschaftsordnung sind Gewerkschaften, die
34 dem global agierenden Kapital Paroli bieten können, indem sie sich selber global
35 organisieren und zu einer starken und solidarischen Gegenmacht werden. Ziel
36 grenzüberschreitend agierender Gewerkschaften ist nicht die Wahrung von Besitz-
37 ständen der ArbeitnehmerInnen der einen Länder (Deutschland oder Europa) gegen
38 oder auf Kosten der Interessen der ArbeitnehmerInnen anderer Länder, sondern der
39 Kampf gegen einen globalen Dumpingwettbewerb, bei dem alle nur verlieren kön-
40 nen - die ArbeitnehmerInnen hier wie dort genauso wie die Erwerbslosen und Pre-
41 karisierten hier wie dort.

42 Die globalisierungskritische Bewegung ist auf handlungsfähige Gewerkschaften
43 angewiesen, weil sie über ihre bisherigen Handlungsinstrumente hinaus eine stär-
44 kere Durchsetzungsperspektive braucht. Attac unterstützt daher im Rahmen seiner
45 Möglichkeiten den Weg der Gewerkschaften zu global handlungsfähigen Organisa-
46 tionsformen, ob dies in Kontinuität aus den jetzigen Apparaten und Organisationen
47 heraus geschieht oder ob sich neue Gewerkschaften, hervorgegangen aus apparat-
48 kritischen globalen Netzwerken, entwickeln oder eine Mischform aus beidem.²⁵

49 1.2.3 Chancengleichheit und Geschlechtergerechtigkeit

50 Mehr Chancengleichheit zwischen den Nationen wie auch innerhalb einzelner Län-
51 der würde sowohl die Demokratie stärken als auch die Zukunftsfähigkeit von Ge-
52 sellschaften. Die neoliberale bzw. kapitalistische Globalisierung benachteiligt über-
53 proportional viele Frauen, weil sie bestehende geschlechtsbezogene Ungleichheiten
54 fortschreibt und verschärft. Zukunftsfähige Gesellschaften sorgen für eine angemes-
55 sene Sozialstruktur und bemühen sich um ein ausgewogenes Verhältnis zwischen
56 Anreiz und Fairness. Soziale Gerechtigkeit und mehr Chancengleichheit – zwischen

**Arbeit in
Würde
weltweit**

1 Nationen, im Inneren von Nationen, zwischen ethnischen Gruppen, zwischen sozi-
 2 alen Schichten sowie zwischen Männern und Frauen sind die Eckpfeiler zukunfts-
 3 fähiger Gesellschaften. Zur Verwirklichung der Chancengleichheit müssen die Im-
 4 pulse kooperativen Handelns, z.B. zivilgesellschaftlicher Gruppen und Netzwerke,
 5 verstärkt in die Gestaltung und die Institutionen des globalen Zusammenlebens
 6 einfließen.

7 **1.2.4 Das Vorsorgeprinzip**

8 Das Vorsorgeprinzip bedeutet, wenn eine Praxis oder ein Produkt eine Bedrohung
 9 für die menschliche Gesundheit oder die Umwelt darstellen könnte, sollten Vor-
 10 sichtsmaßnahmen ergriffen werden, um eventuelle Schäden zu begrenzen oder zu
 11 vermeiden. Dies auch, wenn der wissenschaftliche Nachweis noch nicht endgültig
 12 geführt ist, ob oder wie es zu einem Schaden kommen kann. Weil dieser Nachweis
 13 Jahre dauern kann, und sich in diesem Zeitraum ständig unerwünschte aber unwi-
 14 derruffliche Wirkungen ereignen können, sollten die Befürworter einer Praxis oder
 15 die Hersteller eines Produkts die Beweislast dafür tragen, dass ihre Praxis bzw. ihr
 16 Produkt sicher ist. Z.Zt. geht man häufig genau umgekehrt vor, etwa bei den WTO-
 17 Regeln. Wären diese WTO-Regeln schon in den 1950er Jahren in Kraft gewesen,
 18 hätte z.B. die amerikanische Regierung das Arzneimittel Thalidomid (Contergan)
 19 nicht verbieten dürfen, das in vielen Ländern (auch in Europa) von schwangeren
 20 Frauen eingenommen wurde und bei deren Kindern zu lebenslangen Behinderun-
 21 gen geführt hat.

**Umkehr der
Beweislast**

22 **1.2.5 Demokratie**

23 Verantwortlichkeit steht im Mittelpunkt einer lebendigen Demokratie. Freie Wahlen
 24 sind fundamental, aber Demokratie ist wesentlich mehr. Entscheidungen sollen
 25 nicht z.B. von TNK getroffen werden, deren Manager selbst Tausende von Meilen
 26 entfernt leben und überdies den Auftrag haben, die alljährliche Dividende für Akti-
 27 onäre, die wiederum wahrscheinlich nichts über die Betroffenen wissen, zu maxi-
 28 mieren. Macht und Herrschaft sind so zu verteilen, dass die Entscheidungen von
 29 den Menschen getroffen werden, die auch die Folgen zu tragen haben. Es bedeutet
 30 auch, die Rechte und die Macht abwesender Eigentümer zu begrenzen und dafür zu
 31 sorgen, dass diejenigen, die Entscheidungen treffen, auch für die Schäden verant-
 32 wortlich sind, die sie anderen zufügen. Gerade in diesem Zusammenhang muss die
 33 Frage der Delegitimierung bzw. der Reformierbarkeit internationaler Institutionen
 34 wie des IWF oder der WTO oder transnationaler Konzerne diskutiert werden.²⁶

**Entschei-
dungen
durch alle
Betroffenen**

35 Nicht nur für die neue Debatte über Demokratie ist der aus der katholischen Sozi-
 36 allehre stammende Begriff der *Subsidiarität* entscheidend. Er dreht sich um das Prin-
 37 zip der Selbstbestimmung: Das, was von Individuen bzw. kleineren sozialen Ein-
 38 heiten aus eigener Kraft entschieden und getan werden kann, soll nicht von der Ge-
 39 sellschaft bzw. von übergeordneten sozialen Einheiten übernommen werden.
 40 Wenngleich die neoliberale Konstruktion eines Gegensatzes von Subsidiarität und
 41 Solidarität einhellig abgelehnt wird, bestehen in Attac doch unterschiedliche Vor-
 42 stellungen darüber, welches das kleinstmögliche Gemeinwesen ist – vielleicht doch
 43 die Weltgesellschaft? –, das im Einzelnen die jeweilige Leistung zu erbringen ver-
 44 mag, bzw. in welcher Weise Subsidiarität gegen andere Wertvorstellungen abzuwä-
 45 gen ist. Diese Kontroverse ist wesentlich für die verschiedenen Strategien in Bezug
 46 auf die Globalisierung, die im Folgenden dargestellt werden.²⁷

Subsidiarität

47 **2. Strategien: Wie umgehen mit der Globalisierung?**

48 *STRATEGIE-KONTROVERSE: Kann Globalisierung reformiert werden im Sinne der*
 49 *Leitideen, soll durch Entglobalisierung der Vorrang von Binnen- vor Außenwirtschaft ge-*
 50 *schaffen werden oder sollen wir uns lokalen Wirtschaftskreisläufen zuwenden?*

51 Die folgenden kontroversen Positionen stimmen darin überein, dass ein zentrales
 52 Problem der bestehenden Weltwirtschaftsordnung in der Ausbreitung von Wirt-
 53 schaftsmacht besteht, ganz gleich, ob sie sich global oder national auswirkt. Wirt-

1 schaftsmacht kann nicht hingenommen werden, weil sie immer auch zugleich poli-
2 tische Macht ohne demokratische Legitimation ist. Aber eine Welt ohne Konzern-
3 macht ist möglich: Die Politik der Entmachtung verbindet die Unterlassung von
4 Maßnahmen, welche wirtschaftliche Machtkonzentration ermöglichen und voran-
5 treiben, mit der Durchsetzung von Maßnahmen, die Wirtschaftsmacht zurückdrän-
6 gen.

7 **Position Globalisierung gerechter gestalten:** Den Vorteilen weltweiter Märkte
8 bei der quantitativen Versorgung stehen qualitative Nachteile (Raubbau an öko-
9 logischen Ressourcen, Entfremdung, Peripherie-Regionen) entgegen. Manche
10 dieser Nachteile sind durch veränderte Steuerung begrenzbar. So könnten um-
11 weltbezogene Standards die Ausdehnung von Welthandel beschränken, da sie
12 wie eine Erhöhung von Transportkosten wirken würden. Dies ließe Raum für die
13 Entstehung von weltweiten Märkten, wo der technologische Fortschritt sie im
14 Rahmen der ökologischen Ressourcen sinnvoll erscheinen ließe. Solche Standards
15 können nur Mindestniveaus definieren, die dann einen völkerübergreifenden
16 Werte-Konsens darstellen.

Steuerung

17 Orientierungsrahmen dieses Minimalkonsenses sollten die faktische Verwirkli-
18 chung der allgemeinen Menschenrechte sowie ein allgemeines Prinzip der Nach-
19 haltigkeit sein: Keine Volkswirtschaft bzw. Gemeinschaft hat das Recht, Ressour-
20 cen so in Anspruch zu nehmen oder Sozialbeziehungen so zu regulieren, dass
21 unwiderrufliche Schäden für nachfolgende Generationen oder andere Gemein-
22 schaften entstehen. Für den Handelsbereich bedeutet dies, dass keine Form von
23 „Beggart-hy-neighbor“-Politik akzeptiert werden darf. Dieses Prinzip kann je-
24 doch nur umgesetzt werden, wenn die großen Wirtschaftsmächte sich einer
25 Selbstbindung unterwerfen und dazu eine multilateral verankerte Rechtsetzung
26 und Rechtdurchsetzung akzeptieren.²⁸

**Inter-
nationale
Standards**

27 **Position Entglobalisierung:** Eine nachhaltige Entwicklung (vgl. II.1.1) zielt auf
28 eine je eigenständige Entwicklung der Volkswirtschaften und Gesellschaften
29 durch Binnen- und Regionalorientierung. Eine industrielle Gleichgewichtsöko-
30 nomie erfordert einen Bruch mit der Doktrin der Globalisierung (sei sie neoliberal
31 oder neo-keynesianisch) und eine Wende hin zur Entglobalisierung. Dabei
32 müssen gerade die reichen Industriestaaten Vorreiter sein.

33 Entglobalisierung heißt nicht Autarkiestreben und eine Abkopplung von inter-
34 nationalen Märkten. Internationaler und weltweiter Handel bleiben in vielerlei
35 Hinsicht von Vorteil. Doch die Prioritäten für die wirtschaftliche Entwicklung
36 und die Wirtschaftspolitik ändern sich grundlegend: Statt die wirtschaftliche,
37 technologische und gesellschaftliche Entwicklung auf die Bedarfe für den Export,
38 für den Weltmarkt auszurichten, steht im Vordergrund die Produktion für klein-
39 räumigere Märkte: lokale, regionale (auch grenzüberschreitend; vgl. Euregio Aa-
40 chen), nationale Märkte bis hin zu regionalen Wirtschaftsverbänden. Die Über-
41 schaubarkeit dieser Zusammenhänge ist eine wesentliche Voraussetzung für die
42 Sicherung ihrer demokratischen Kontrolle und für verantwortliches Handeln der
43 wirtschaftlichen Akteure.

44 Eine Strategie der Entglobalisierung sucht den Weg zwischen den Versuchen,
45 „die Globalisierung gerecht zu gestalten“, und einer Lokalisierungsstrategie.
46 Während die „gerecht gestalten“-Strategie die Dynamik der Globalisierung
47 stärkt, indem sie sie reformiert, unterliegt die Lokalisierungsstrategie der Gefahr
48 einer Nischenpolitik ohne durchgreifende Wirkung. Es wäre sinnlos und im Ein-
49 zeln nicht begründbar, am grünen Tisch die Art und den Grad einer wün-
50 schenswerten nationalen und internationalen Arbeitsteilung zu skizzieren. An-
51 gemessen ist ein induktives Verfahren: Von der tatsächlichen Weltmarktintegra-
52 tion und den damit gegebenen Problemen auszugehen und Schritte zu einer Re-
53 gionalisierung, einer Binnenorientierung der Wirtschaft anzugeben.

**Mittel-
position**

54 Konkrete Schritte zur Entglobalisierung verbinden die Unterlassung von Maß-
55 nahmen, welche die Globalisierung weiter vorantreiben, mit solchen, die aktiv
56 eine Wende zu einer regionalen Orientierung einleiten. Das betrifft sowohl die

1 Neuordnung des Welthandels (vgl. III.3) als auch den ökologischen Umbau (vgl.
2 III.1).

3 **Position Lokalisierung:** Der Ansatz „Lokalisieren statt Globalisieren“ bedeutet
4 nicht einfach eine geographische Verengung der Wirtschaftsräume. Er impliziert
5 eine andere Perspektive, ein anderes Modell von Wirtschaft und Gesellschaft als
6 das herrschende kapitalistisch-patriarchalische Modell. Diese neue Ökonomie
7 muss zunächst von einem anderen Begriff vom „Guten Leben“ ausgehen: Eine
8 neue Perspektive – die Subsistenzperspektive – kann uns von der selbstmörderischen
9 Wachstumslogik des Industriesystems befreien. Der Versuch, von oben her
10 eine neue Weltwirtschaft mit humanem Gesicht zu entwerfen, ist ein Wider-
11 spruch in sich und wird unweigerlich in einem neuen Totalitarismus enden. Die-
12 ses Ziel kann nur durch eine Strategie der Lokalisierung erreicht werden:

- 13 • Wirtschaftsräume werden aufgebaut, die ökologische, ökonomische und so- **Subsistenz**
14 ziale Grenzen respektieren. Auch unsere Bedürfnisse sind begrenzt.
- 15 • Statt individuellem Egoismus zählen als wichtigste Triebkräfte der Ökonomie
16 Gegenseitigkeit, Gemeinwohlorientierung, Solidarität, statt universaler Kon-
17 kurrenz Kooperation, statt Trennung von Ökonomie und Moral Wiederein-
18 führung einer neuen „Moral Economy“. Diese ist nicht moralistisch; sie ba-
19 siert vielmehr auf der Erkenntnis der notwendigen Grundlagen für das Ü-
20 berleben eines Gemeinwesens.
- 21 • Nur durch Lokalisieren lässt sich – politisch wie wirtschaftlich – das Subsidi-
22 aritätsprinzip (vgl. II.1.2.5) verwirklichen. Lokale Ressourcen, lokales Know-
23 How, lokale Arbeitskraft werden, wo immer möglich, für die lokale Bedürf-
24 nisbefriedigung eingesetzt, d.h. für alle Menschen und anderen Wesen in ei-
25 ner bestimmten Region. Das hat erhebliche Auswirkungen auf den Welthan-
26 del (vgl. III.3.1), v.a. auch im Agrarbereich (III.3.4). Die meisten politischen
27 und ökonomischen Entscheidungen werden lokal getroffen. Investitionen
28 und Kapital bleiben in der Region und schaffen dort neue Arbeitsplätze. Ein
29 echter Internationalismus ist erst auf der Grundlage von Gemeinwesen mög-
30 lich, die selbstständig über ihre Ökonomie und Gesellschaft entscheiden.
- 31 • Eine direkte Demokratie ist notwendig, in der die Menschen ihrer Verant-
32 wortung für alle Lebewesen gerecht werden.

33 Wenn wir von lokaler Ökonomie reden, haben manche die Befürchtung, dass
34 dies die Rückkehr zu vormodernen Herrschaftsformen nach patriarchalischen
35 und feudalen Prinzipien bedeuten könnte. Dagegen setzen wir einen bewussten
36 Kampf von Männern und Frauen gegen patriarchale Verhältnisse, der mit einer
37 Umstrukturierung der hierarchischen, geschlechtlichen Arbeitsteilung beginnen
38 kann. In einer neuen Ökonomie müssten nicht nur die Frauen die Arbeit machen,
39 die Männer machen, sondern auch die Männer müssten die gesellschaftlich not-
40 wendige, unbezahlte Haus- und Subsistenzarbeit im Haus, in der Umwelt und in
41 der Gemeinschaft machen. Erst wenn die Hälfte der Menschheit diese Arbeit
42 nicht mehr als Last, unwürdig und minderwertig ansieht, wird sich etwas an
43 dem Geschlechterverhältnis ändern.

44 Eine Umstrukturierung der lokalen Ökonomien im Norden wie im Süden im
45 Sinne einer antikapitalistisch-antipatriarchalen Subsistenzperspektive müsste
46 notwendigerweise zu einer Veränderung der globalen Strukturen führen. Mehr
47 oder weniger auf Self-Reliance (Selbstständigkeit) ausgerichtete Ökoregionen, in
48 denen der Import aus anderen ähnlichen Regionen nur eine ergänzende Funkti-
49 on hat, nicht aber die Grundversorgung sichert, werden dazu führen, dass der
50 Welthandel schrumpft, sie werden die Ressourcenverschwendung, den Trans-
51 port, den Verpackungsmüll, die Monokulturen aller Art, den Einsatz von Chemie
52 in Landwirtschaft und Industrie drastisch reduzieren. Was vom Welthandel
53 dann noch übrig bleibt, muss nach den Prinzipien des fairen Handels organisiert
54 sein; das bedeutet, dass es sogenannte Billiglohnländer nicht mehr geben wird.

**Patriarchale
Verhältnisse**

1 3. **Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung**

2 *SYSTEM-KONTROVERSE: Streben wir eine weltweite öko-soziale Marktwirtschaft an,*
 3 *wollen wir eine ökologische Wirtschaftsdemokratie durchsetzen oder treten wir für eine*
 4 *demokratische Systemalternative ohne Marktwirtschaft ein?*

5 **Position Öko-soziale Marktwirtschaft:** Es gilt, das Zusammenleben der Men-
 6 schen auf unserem begrenzten Planeten Erde zu gestalten. Dazu müssen solche
 7 Regeln gefunden und mit Leben erfüllt werden, welche die unzählbaren indivi-
 8 duellen Bedürfnisse, Wünsche und Ideen in Einklang bringen mit wenigen, wohl
 9 bestimmten Prinzipien von Gerechtigkeit. Diese Regeln müssen der Freiheit ver-
 10 pflichtet sein, zwischen zahlreichen Verwirklichungschancen zu wählen. Sie sol-
 11 len darauf zielen, die Zahl der Wahlmöglichkeiten zu erhöhen: Das bedeutet
 12 nicht zuerst, mehr Verwirklichungschancen zu schaffen, sondern vor allem, die
 13 Auswahl allen Bürgerinnen und Bürgern zugänglich zu machen. Dies ist eine
 14 Form des Leitbildes der Nachhaltigkeit.²⁹

**Verwirk-
lichungs-
chancen**

15 Dazu bedarf es eines handlungsfähigen Sozialstaates. Er sichert die Teilhabe-
 16 chancen der Individuen für alle Lebensbereiche, vor allem durch die Bereitstel-
 17 lung öffentlicher Güter und Dienstleistungen. Um die Tendenz zu Zentralbüro-
 18 kratien zu beschränken, muss der Sozialstaat demokratisch und rechtsstaatlich
 19 sein, insbesondere einen wirkungsvollen Minderheitenschutz gewährleisten.
 20 Demokratie und Rechtsstaat werden in den zahlreichen Gruppen lebendig, wel-
 21 che allgemeine Interessen des Umwelt-, Gesundheits- und Verbraucherschutzes,
 22 der sozialen oder gesellschaftlichen Teilhabe, Vielfalt, Aufklärung vertreten. Ein
 23 so verstandenes Rechtsstaatsprinzip schließt nicht zuletzt die gesellschaftliche
 24 Einbettung der Geldpolitik ein.

25 Menschliches Zusammenleben, welches dem Leitbild der Nachhaltigkeit durch
 26 eine lebendige Zivilgesellschaft, durch eine ebenso streitbare wie kompromissfä-
 27 hige Demokratie, durch einen handlungsfähigen Rechts- und Sozialstaat Gestalt
 28 gibt, soll nicht auf die Vorzüge des Wettbewerbs verzichten. Unter jenen Voraus-
 29 setzungen sind Wettbewerb und Märkte kraftvolle Instrumente, die eine große
 30 Anzahl von Informationen in kurzer Zeit aufbereiten und verbreiten können, in-
 31 novative Dynamik freisetzen und Entscheidungen koordinieren. Zugleich bietet
 32 die beschriebene, handlungsfähige öffentliche Hand die besten Voraussetzungen
 33 für eine stabile Wirtschaftsentwicklung, ggf. unterstützt durch eine geeignete
 34 Konjunkturpolitik. Gesellschaften, welche auf die Nutzung von Marktkräften
 35 verzichten, gleichen einem hochgradig verkalkten Kreislauf, ebenso wie jene, die
 36 auf starke öffentliche Prinzipien verzichten, einem Kreislauf mit extremem Blut-
 37 hochdruck und Herzrasen entsprechen. Die öko-soziale Marktwirtschaft steht
 38 dagegen für ein Gleichgewicht, welches viele Lebensjahre bei guter Gesundheit
 39 verspricht.

**Vorzüge des
Wettbewerbs**

40 **Position Ökologische Wirtschaftsdemokratie (demokratische Rahmenplanung,**
 41 **egalitäre Marktwirtschaft, Mitarbeitergesellschaften):** Die sogenannte soziale
 42 Marktwirtschaft ist ihrem Wesen nach eine Variante des Kapitalismus: In ihm
 43 dominieren die Interessen privater Kapitaleigner vor entgegengesetzten gesell-
 44 schaftlichen Bedürfnissen. Es gilt, die kapitalistische Wirtschaftsordnung in
 45 Richtung einer „ökologischen Wirtschaftsdemokratie“ zu transformieren. Diese
 46 trägt zum einen dafür Sorge, dass die wirtschaftliche Entwicklung nur in den ö-
 47 kologisch verantwortbaren Grenzen erfolgt. Zum anderen soll gewährleistet
 48 werden, dass die ökonomische bzw. gesellschaftliche Entwicklungsrichtung
 49 durch den Ausbau von Partizipation und Planung den Bedürfnissen der Bürge-
 50 rInnen – der Beschäftigten und der KonsumentInnen – Rechnung trägt.

**Ökonomisch-
ökologische
Rahmenpla-
nung**

51 Der Steuerungsmechanismus der Wirtschaftsdemokratie ist ein Mix aus Markt-
 52 mechanismus und demokratischer Rahmenplanung; Innovations- und Effizienz-
 53 vorteile von Märkten werden gezielt genutzt. Insgesamt geht es aber darum, die
 54 offenkundigen Defizite der Marktsteuerung durch eine ökonomisch-ökologische
 55 Rahmenplanung auszugleichen. Diese greift nicht unmittelbar in die Investiti-
 56 onsautonomie der Einzelunternehmen und in die Tarifautonomie der Tarifpart-

**Mittelfristige
Zielvorgaben**

ner ein, sondern steuert indirekt über die Vorgabe und Kontrolle von mittelfristigen Zielvorgaben: z.B. zur Erreichung von CO₂-Reduktionszielen, zur schrittweisen, aber starken Reduzierung und Umverteilung von Erwerbsarbeit, zur Finanz- und Investitionsplanung der öffentlichen Hände und (in der BRD) zur wirtschaftlichen Angleichung der neuen und alten Bundesländer.³⁰

Eine demokratiekonforme Wirtschaftsordnung ist nur möglich, wenn es keine Machtkonzentrationen gibt, die politische, kulturelle und ökonomische Freiheit einschränken und verunmöglichen. Nichtdiskriminierung muss als Grundprinzip einer freien Gesellschaft endlich auch auf die gesamte Wirtschaftsordnung angewendet werden. Der Wechsel von einer hierarchischen Marktwirtschaft zu einer egalitären Marktwirtschaft ist radikal, kann aber schrittweise herbeigeführt werden: Von der Abschaffung des Grundrechtsschutzes für Kapitalgesellschaften und der Auflösung des Geflechtes von Staat und Konzernen über die Aufhebung des herrschenden Patent- und Markenrechts bis zur Abschaffung des Aktiengesellschafts- und Konzernrechts.

Die Politik der egalitären Marktwirtschaft verlangt und ermöglicht eine Neudefinition von Staat und Markt: Die Staatsmacht muss in dem Sinn beschränkt werden, dass es den Staatsorganen untersagt wird, die Entstehung wirtschaftlicher Machtkonzentrationen zu legitimieren, zu subventionieren oder sonstwie zu fördern. Die Staatsmacht muss gleichzeitig in dem Sinne gestärkt werden, dass sie das formale Recht und die materielle Möglichkeit bekommt, um bestehende Wirtschaftskonzentrationen aufzulösen und ihre Entstehung zu verhindern.

Die Demokratisierung der Wirtschaft bezieht sich auch auf die einzelnen Unternehmen. Diese bleiben autonom in ihren Entscheidungen und produzieren für den Markt. Auf den Anreiz des Gewinnstrebens wird nicht verzichtet. Eine progressive Beteiligung der Beschäftigten am Gewinn des eigenen Unternehmens (Investivlohn) könnte sie schrittweise zu Miteigentümern an ihren Unternehmen machen und mit einem gleichzeitigen Ausbau ihrer Mitbestimmungs- und Mitentscheidungsrechte im Unternehmen verknüpft werden. Für den Bereich der Großunternehmen bzw. Konzerne ist das Instrumentarium der Entflechtung neu anzuwenden und – sofern dafür gesellschaftliche Bewegungen streiten – sind Großunternehmen in Belegschaftseigentum zu überführen (Vergesellschaftung). – So umfasst eine ökologische Wirtschaftsdemokratie eine Vielfalt von Eigentumsformen: vom Privateigentum, insbesondere bei kleinen und mittleren Unternehmen, über kommunales Eigentum (z.B. Stadtwerke) bis hin zu genossenschaftlichem bzw. Belegschaftseigentum (Mitarbeitergesellschaften).

Position Demokratisches Wirtschaften (Überwindung des Marktes zugunsten von Demokratisierung der Ökonomie): Ausgangspunkt ist die Analyse, dass die von Attac kritisierten globalen sozialen, ökologischen und politischen Missstände primär aus der kapitalistischen Produktionsweise resultieren. Zur Überwindung der globalen Missstände ist daher die Überwindung des kapitalistischen Wirtschaftssystems erforderlich. Die Diskussion dreht sich u.a. um die Frage, wie die folgenden Ziele

- die Überführung des Privateigentums an Produktionsmitteln ins Gesellschaftseigentum, d.h. die inner- und zwischenbetriebliche Demokratisierung der Unternehmen;
- die Überwindung der Warenproduktion und damit der Marktsteuerung;
- die Abschaffung der Lohnarbeit und damit die Abschaffung des Arbeitsmarktes;
- die Umwandlung des Profit- in das Bedarfsprinzip;

langfristig sinnvoll durchgeführt werden können. Wenn der Markt durch eine Planung der Produktion ersetzt wird, stellt sich die Frage, wie die Sackgasse einer zentralistischen Kommandowirtschaft (wie ehemals in der DDR und heute in den kapitalistischen TNK praktiziert) vermieden werden kann.

Die partizipative Ökonomie basiert auf den Erfahrungen der Kooperativ- und Genossenschaftsbewegung mit selbstbestimmter, nicht-entfremdeter Arbeit und

**Belegschafts-
eigentum**

**Partizipative
Ökonomie**

1 lokaler Entscheidungsfindung durch Produzenten- und Konsumentenver-
2 sammlungen. Diese Erfahrungen gilt es auszubauen zu einer gesellschaftlichen
3 (d.h. je nach Betroffenheit bzw. Interesse der Bevölkerung lokalen, regionalen bis
4 hin zu globalen) Entscheidungsfindung darüber, was, wie, wie viel, wo und
5 wann produziert und verteilt wird.³¹

6 Die freie Software-Bewegung fußt auf der Schöpfung des modernen Betriebssys-
7 tems Linux in dezentraler, nicht-lohnförmiger Selbstorganisation und Koordina-
8 tion über das Internet. Zudem hat vollautomatische Produktion zu einem Über-
9 fluss an materiellen Gütern geführt, und Wissen wird zum entscheidenden Pro-
10 duktionsfaktor. Damit überholt sich auch eine geld- und marktförmige Vertei-
11 lung. Mikroelektronische Revolution und Robotik bieten die Möglichkeiten, die
12 meisten der direkten Gebrauchsgüter direkt vor Ort zu produzieren, die Pro-
13 duktion zu dezentralisieren.³²

14 Zukünftig wird zu diskutieren sein, ob beide Vorstellungen zu einer tragfähigen
15 überlegenen Systemalternative weiterentwickelt werden können. Eine solidari-
16 sche, gebrauchswert-basierte Ökonomie würde zudem Erziehungs-, Pflege- und
17 Beratungstätigkeiten und dem Schutz natürlicher Lebensgrundlagen die not-
18 wendige stärkere Gewichtung ermöglichen, die ihnen heute durch die Marktme-
19 chanismen verweigert wird.

20 In Abschnitt III.1-5 werden vor allem Reformmaßnahmen vorgeschlagen.

21 Diese können genutzt werden, um über die Reformfähigkeit der gegenwärtigen
22 Ökonomie aufzuklären: Gelingt es, eine positive Reformdynamik in Gang zu set-
23 zen? Oder bedeutet „Reform“ unter kapitalistischem Vorzeichen immer „ein
24 Schritt vor, zwei Schritte zurück“, weil jeder echte Verbesserungsvorschlag sofort
25 an die Systemgrenzen stößt und nur eine grundlegende Alternative überhaupt
26 Realisierungschancen hat? Eine solche wird nicht nur über Reformforderungen,
27 sondern wesentlich durch soziale Bewegungen und alternative Praxis erkämpft
28 (vgl. III.6).

**Freie
Software-
Bewegung**

III. Wege zu einer alternativen Weltwirtschaftsordnung

1. Weltwirtschaftsordnung im ökologischen Gleichgewicht

Eine dem Ziel der Nachhaltigkeit verpflichtete ökologische Wirtschaftspolitik hat als Zielmarke die Reduzierung des Umweltverbrauchs um 80-90% gegenüber heute. Der Zwang der Entwicklungsländer, ihre Naturreichtümer zu verschleudern, muss aufgehoben werden. Dazu sind ihre Schulden zu erlassen und die entfesselten Finanzmärkte zu re-regulieren. Die Subsistenzrechte lokaler und indigener Gemeinschaften haben Vorrang vor externer Nutzung. Dieses Vorrecht betrifft insbesondere die von diesen Gemeinschaften genutzte und gepflegte biologische Vielfalt.

Internationale Handelsregeln müssen eingehend auf potentielle ökologische und soziale, insbesondere Gender-bezogene Folgen überprüft werden. Das Verursacherprinzip ist durchzusetzen, d.h. effektive Haftungssysteme und Schadensausgleich. Multilaterale Umweltabkommen müssen über das Handelsregelwerk gestellt werden. Ebenso wie für die Handelsverträge müssen sie Bindungswirkung für IWF und Weltbank haben, die Strukturanpassungsprogramme des heutigen IWF müssen beseitigt werden. Auch muss der Handlungsspielraum der Staaten, Umweltgesetze zu erlassen, gegenüber der WTO wieder gestärkt werden.

Solche Veränderungen erfordern natürlich einen tiefgreifenden Wandel auch in der Beschäftigungspolitik, der Steuerpolitik und den sozialen Sicherungssystemen, deren Finanzierung bislang auf permanentem Wachstum beruht. Von entscheidender Bedeutung, um den Wandel möglich, akzeptabel und nicht nur „sozialverträglich“, sondern gemeinwohlfördernd zu gestalten, wird es sein, eine gerechte Verteilung des Volkseinkommens zu erzielen und den Trend zur sozialen Schere umzukehren. Arbeitszeitverkürzungen sowie die verstärkte Einbeziehung höherer Einkommen und Vermögen in die Finanzierung der sozialen Sicherung sind hier zu nennen.

Die Menschheit hat keine zweite Erde im Keller

1.1 Der ökologische Umbau

Dafür tritt Attac Deutschland kurzfristig ein:

- Jegliche umweltschädliche Subventionen werden eingestellt. Das ist notwendig, um besonders umweltbelastende Wirtschaftssektoren durch ökologisch verträgliche Sektoren weitgehend zu ersetzen.
- Von einer Orientierung der EU, die sie zum wettbewerbsfähigsten und „dynamischsten“ Wirtschaftsraum der Welt machen will (Erklärung von Lissabon, 2000), wird Abstand genommen. Vorrang vor weiterer Liberalisierung der Märkte müssen Vereinbarungen für ökologische und soziale Standards haben.³³
- Diejenigen Agrarsubventionen müssen abgeschafft werden, die das Agrobusiness ermutigen und die Kleinbauern liquidieren, die für lokale Märkte produzieren.

Passive Maßnahmen (Unterlassung)

Dafür tritt Attac Deutschland in langer Sicht ein:

- Die verstreuten internationalen Verantwortlichkeiten für Umweltfragen sollten in einer Weltumweltorganisation gebündelt werden. Sie muss mit einem starken Durchsetzungsmechanismus versehen werden, wie ihn beispielsweise die heutige WTO hat.
- Eine umfassende ökologische Steuerreform ist durchzuführen, die konsequent das Verursacher- und Vorsorgeprinzip anwendet. Ein wichtiger Baustein sind die Transportpreise für Flug- und Schiffsverkehr. Durch konsequente Besteuerung muss der Faktor Energie und Rohstoffe relativ teurer werden als der Faktor Arbeit, was auch das Beschäftigungsproblem abmildern würde. Die zusätzlichen Steuereinnahmen können – das ist hier kontrovers – für gezielte staatliche För-

Aktive Maßnahmen

- 1 derung des ökologischen Umbaus verwendet werden oder um (im Interesse ei-
 2 ner gleichbleibenden Gesamtsteuerlast) die Lohnnebenkosten zu senken.
- 3 • Notwendig sind der Aufbau einer Rezyklierungswirtschaft und der Übergang
 4 zu langlebigen und leicht zu reparierenden Produkten, auch zur Reduktion von
 5 Rohstoffimporten.
 - 6 • Eine Verkehrswende ist ein wichtiger Schritt zu einer umweltgerechten Gestal-
 7 tung der Ökonomie, vor allem auch durch starke Regionalisierung. Das verlangt
 8 unter anderem das Umsteuern der angebotsorientierten zu einer nachfragesteu-
 9 ernden Verkehrspolitik mit den Zielen der Verkehrseinsparung, -verlagerung
 10 auf umweltfreundlichere Träger und -optimierung.
 - 11 • Auch die neue Energieinfrastruktur sollte dezentral organisiert sein. Fossile und
 12 nukleare Energieträger müssen durch Energieeinsparung und erneuerbare E-
 13 nergien abgelöst werden. Diese sind langfristig das Fundament einer ökologi-
 14 schen und friedlichen Weltwirtschaftsordnung. Auf dem Wege dahin bedarf es
 15 auch einer radikal erhöhten technischen Energieeffizienz.
 - 16 • Analog zur Internationalen Atomenergiebehörde könnte eine „Internationale
 17 Behörde für Erneuerbare Energien“ eingerichtet werden, um deren Verbreitung
 18 zu fördern.
 - 19 • Auch die Erhebung von Nutzungsgebühren für globale Gemeinschaftsgüter wie
 20 der atmosphärischen Absorptionskapazität für Schadstoffe oder der ozeanischen
 21 Schifffahrtswege sollte diskutiert werden.

22 **Position Abschied vom Wachstum:** Eine wachstumsorientierte Wirtschafts-, Fi-
 23 nanz-, Geld- und Zinspolitik wird abgelöst durch eine selektive Wachstums- und
 24 Schrumpfungspolitik, die insgesamt auf einen Gleichgewichtspfad ohne Zwang
 25 zum Wachstum (vgl. II.1.1) einschwenkt.

Wachstum?

26 **2. Beschränkung bis Überwindung von Konzernmacht**

27 Die Aufhebung der Herrschaft von Menschen über Menschen und damit die Auf-
 28 hebung der Ausbeutung und Unterdrückung, der Übergang von der Fremd- zur
 29 Selbstbestimmung ist eine alte Forderung demokratischer Partizipationsbewegun-
 30 gen. Die Demokratisierung unternehmerischer Macht ist ein tragender Baustein für
 31 die Humanisierung der Wirtschaft insgesamt; wir setzen uns ein für die Regulie-
 32 rung und Einschränkung der Macht transnationaler Konzerne und ökonomischer
 33 Machtzusammenballungen durch Kartelle und Fusionen.³⁴

34 Die einseitig auf die Interessen der KapitalgeberInnen bzw. AnteilseignerInnen aus-
 35 gerichteten Entscheidungsprozesse transnationaler Konzerne (TNK) müssen über-
 36 wunden werden. Wir fordern umfassende Mitsprache und Mitbestimmung der Be-
 37 troffenen („Stakeholder“) und ihrer InteressenvertreterInnen auf allen Ebenen – im
 38 Unternehmen, national und international. Zu den Stakeholdern gehören die Be-
 39 schäftigten, aber auch die in der Umgebung Lebenden, die von Rohstoffgewinnung
 40 und anderen Produktionsauswirkungen Betroffenen und die VerbraucherInnen
 41 bzw. entsprechende Umwelt- und soziale Organisationen. Die betriebliche Mitbe-
 42 stimmung umfasst auch eine direkte Mitbestimmung („participation directe“) der
 43 Arbeitsgruppen am Arbeitsplatz, sowie einen Abbau der hierarchischen Arbeitsor-
 44 ganisation und so weit wie mögliche Ersetzung durch Einrichtung selbstorganisier-
 45 ter bzw. teilautonomer Arbeitsgruppen. Die bisherigen, vielfach zu unverbindlichen
 46 Mitspracheregelungen auch des deutschen Mitbestimmungsrechts sind im Lichte
 47 dieser Forderungen qualitativ zu verbessern.

48 Bei der Verfolgung einer gegen die Übermacht der großen nationalen und transna-
 49 tionalen Unternehmen bzw. Konzerne gerichteten Politik muss Attac die kritisch-
 50 solidarische Kooperation mit den nationalen und internationalen Gewerkschaftsor-
 51 ganisationen suchen und sich für die Stärkung ihrer Rechte einsetzen.

**Demokratie
in die TNK
tragen**

Die Balance zwischen den Anwälten der öffentlichen Anliegen und denen der Privatwirtschaft müssen wieder hergestellt werden. Soziale Verantwortung der Unternehmen zielt darauf, international verbindliche Standards zu schaffen in den Bereichen Menschenrechte, Demokratie, Ökologie, Arbeit und Soziales (ILO-Konventionen) und Gleichberechtigung von Frauen und Männern, insbesondere gleiche Bezahlung. Diesen müssen sich TNK als Verhaltenskodizes verpflichten und unterwerfen. Freiwillige Standards oder Verhaltenskodices sind in diesem Zusammenhang ein wichtiger erster Schritt, reichen aber nicht aus. Ziel muss die Schaffung rechtsverbindlicher internationaler Regeln mit effektiven Überwachungsmechanismen und Sanktionsmöglichkeiten sein. Dazu muss die Rolle der Zivilgesellschaft gestärkt werden, durch einklagbare Transparenzregeln gegenüber den TNK und durch umfassende Mitbestimmung aller Stakeholder an den Entscheidungsprozessen innerhalb der TNK. Bei einer echten paritätischen Mitbestimmung würden nicht – wie gegenwärtig – die Anteilseigner de facto in der Mehrheit sein.

Soziale Verantwortung der Unternehmen weltweit verbindlich regeln

Darüber hinaus unterscheiden sich die Vorstellungen der öko-sozialen Marktwirtschaft, der ökologischen Wirtschaftsdemokratie und der Position Demokratisches Wirtschaften (vgl. II.3) darin, welche gesellschaftliche Rolle den TNK zukommen kann. Diese Kontroverse macht sich maßgeblich an den Möglichkeiten der Demokratisierung der TNK fest:

Position Demokratisierung der (Groß-)Unternehmen verwirklichen: Die Forderung nach verbindlichen Verhaltenskodizes für TNK ist richtig, reicht aber nicht aus. Zentrale Voraussetzung, um die durch Eigentum erworbene oder gesteuerte Macht zu beschränken, sind Änderungen in der Struktur der TNK selbst. Eine grundlegende Voraussetzung für eine wirksame demokratische Kontrolle von Unternehmensmacht ist die Entflechtung von TNK. Für den Ausbau der Unternehmensmitbestimmung gilt: Im Aufsichtsrat, der auch den Vorstand wählt, muss es eine Minderheitsposition der Anteilseigner geben und eine Mehrheit für die abhängig Beschäftigten und die betroffene Bevölkerung. Die Gruppe Bevölkerung soll nicht durch den Staat oder durch Staaten vertreten sein, auch oppositionelle Kräfte müssen Einfluss haben.³⁵

Stakeholder entscheiden über Manager

Eine weitere Möglichkeit ist die Trennung von Eigentum und Verfügungsgewalt (die Aktien würden dann zu Anleihen). Ein weitergehendes Ziel, das zur Demokratisierung notwendig sein kann, ist die Umwandlung des Privateigentums in demokratisches Gemeineigentum (Vergesellschaftung, nicht Verstaatlichung; z.B. Mitarbeitergesellschaften) und eine Ausweitung der Mit- zur Selbstbestimmung.

Resultat einer solchen Demokratisierung ist eine Stärkung der Rechte der Belegschaft (und Bevölkerung), die darüber befindet, ob Missmanagement vorliegt oder gute Arbeit geleistet wurde, und die Manager und Aufsichtsräte entlassen kann. Beispiele für Managementmodelle der Selbstorganisation sind das Semco-System („Management ohne Manager“) von Ricardo Semler und das von Koldo Saratxaga für die weltgrößte Industriekooperative Mondragón Corporación Cooperativa entwickelte Management-System.³⁶

Position Demokratisches Wirtschaften – gesellschaftliche Wahl der wirtschaftlichen Akteure durchsetzen: Die Forderungen nach Demokratisierung bzw. Vergesellschaftung der Großunternehmen sind richtig, lassen aber ein zentrales Problem unbeantwortet: Solange der Markt die Beziehungsebene zwischen den demokratisch geführten Unternehmen bestimmt, zwingt der ruinöse Verdrängungswettbewerb zur Profitausrichtung der Unternehmen, zur Selbstausbeutung, zur Entfremdung und zur Vernichtung konkurrenz- und profitschwacher Betriebe und Arbeitsplätze. Daher ist zusätzlich neben der innerbetrieblichen Demokratisierung eine Demokratisierung zwischen den Unternehmen erforderlich, um gesamtwirtschaftlich die Produktion und Verteilung bedarfsorientiert auszurichten. Wenn Marktmechanismen bestehen bleiben, unterhöhlen sie eine solche gesellschaftliche Steuerung (vgl. die Erfahrungen der Kooperativ- und ArbeiterInnenselbstverwaltungs-Bewegung). Nicht der Markt, sondern die Bevölkerung soll über Leitlinien und Akteure der Produktion entscheiden Für solch eine Form demokratischen Wirtschaftens ist es wichtig, dass sich die Menschen

Demokratisierung der Gesamtwirtschaft

1 in ihren lokalen Solidargemeinschaften mündig machen und lernen, (ba-
2 sis-)demokratisch über komplexe gesellschaftliche Zusammenhänge mitzuent-
3 scheiden.³⁷

4 **Position Auflösung der Konzerne:** Statt großer Aktiengesellschaften soll es klei- **Mikrokapital**
5 ne Mikrokapitalgesellschaften geben. Die unsterbliche Kapitalakkumulation
6 durch Aktien soll ersetzt werden durch Mikrokapital mit begrenzter Laufzeit.
7 Unternehmensanteile können ausschließlich das Eigentum von Menschen, aber
8 nicht das von Unternehmen sein.

9 Mit der Abschaffung des Aktiengesellschaftsrechts entfällt auch die kapitalisti-
10 sche Form der Unternehmensleitung (Aktionärsversammlung, Aufsichtsrat, Vor-
11 stand). Jeder noch so kleine Kapitaleigner kann unabhängig von der jeweiligen
12 Kapitalmehrheit darüber entscheiden, wo (und wie lange) er seine Kapitalanteile
13 will. Dadurch können Millionen von Kapitaleignern die gesamtwirtschaftlich ef-
14 fiziente Allokation des Kapitals bestimmen, aber es ist keine strategische Macht-
15 politik einzelner Kapitaleigner möglich. Denn es ist die Aufgabe der im Unter-
16 nehmen voll- oder teilverantwortlich Arbeitenden, die Unternehmenspolitik zu
17 bestimmen.³⁸

18 3. Neuordnung des Welthandels

19 3.1 Mechanismen der Welthandelsordnung

20 Die verschiedenen Aufgabenbereiche, welche internationale Lösungen erfordern,
21 sollten jeweils eigenen Organisationen zugeordnet bleiben, etwa Arbeitsstandards
22 der ILO, Umweltpolitik der UNEP, Entwicklungspolitik der UNDP. Die Kontrolle
23 dieser UN-Organisationen sollte dabei durch die Bevölkerung erfolgen. Es ist falsch,
24 diese Aufgaben in die WTO zu ziehen, wie es in vielen Bereichen geschehen ist.³⁹

25 Dafür tritt Attac Deutschland kurzfristig ein:

- 26 • Innerhalb der WTO soll bedingungslos auf die „Singapore Issues“ (Wettbewerb, **Keine**
27 öffentliche Beschaffung, Investitionen, technische Handelsfragen) verzichtet **Global**
28 werden. **Governance**
- 29 • Alle Verträge und Entscheidungen der WTO sowie die interne Personalpolitik **ohne**
30 müssen das Prinzip des Gender Mainstreaming, d.h. gleicher Chancen für Frau- **globale De-**
31 en und Männer, nachprüfbar umsetzen. **mokratie**
- 32 • Die WTO muss unter das Dach der UN gestellt und auf Fragen des Handels
33 beschränkt werden. D.h. insbesondere, dass die Rechtsprechung des WTO-
34 Schiedsverfahrens dem UN-Recht entsprechen muss. Es ist eine Abkehr von der
35 nationalen Sanktionsverhängung (Strafzölle) anzustreben. Langfristiges Ziel ist
36 eine einheitliche internationale, unabhängige Judikative.

37 Dafür tritt Attac Deutschland in langer Sicht ein:

- 38 • Soweit in Zukunft globale Vereinbarungen über Investitions- oder Wettbewerbs-
39 fragen für wünschenswert gehalten werden, sollte die UNCTAD das Forum da- **Opting Out**
40 für sein. Dabei ist die Zivilgesellschaft in jeden Verhandlungs- und Entschei-
41 dungsprozess von Anfang an voll einzubeziehen.
- 42 • Vereinbarungen über Wettbewerb oder Investitionen müssen demokratisch
43 transparent ausgehandelt werden. Dazu gehört, dass sie nicht unumkehrbar sein
44 dürfen, vielmehr ist eine realistische Klausel für den Austritt („Opting
45 out“) vorzusehen.
- 46 • Jede Vertiefung der internationalen Arbeitsteilung (also exportorientierte Wirt-
47 schaftspolitik) ist auf ihre geschlechtsbezogenen Wirkungen zu überprüfen. Ein
48 auf Ausbeutung von verletzten Frauenrechten und unterbezahlter Frauenarbeit
49 beruhendes „vergeschlechtlichtes Wirtschaftswunder“ darf es nicht mehr ge-
50 ben!⁴⁰
- 51 • Prinzipien sind zu vereinbaren, die eine dauerhafte Rolle regionaler und lokaler
52 Wirtschaftskreisläufe ermöglichen. D.h. insbesondere, dass die Staaten ihre Be-

1 reiche der öffentlichen Daseinsvorsorge frei festlegen, ohne durch WTO-
2 Prinzipien wie z.B. die Inländerbehandlung eingeschränkt zu werden.

3 **Position Globalisierung gerechter gestalten:** Das Verhältnis zwischen Außen-
4 und Binnenhandel ergibt sich aus den Bedingungen eines öko-sozial regulierten
5 Marktes. Hierzu wird eine Welthandelsorganisation benötigt, welche auf der
6 Grundlage von Fairness und gegenseitigem Respekt organisiert ist. Daher treten
7 wir ein für eine Reform der WTO: Die Großen müssen glaubhaft machen, dass
8 sie sich dem multilateralen System unterordnen und dies dauerhaft zur zentralen
9 Instanz weiterentwickelt werden soll. Daher sind Verfahrensregeln zu vereinba-
10 ren, die allen Beteiligten ausreichend Zeit und Möglichkeit geben, sich in den
11 Verhandlungsprozess einzubringen. Dazu soll ein Moratorium genutzt werden.

12 **Position Entglobalisierung:** Wirtschaftskreisläufe sollten regional sein und der
13 Binnenhandel eine eindeutige Priorität vor dem Außenhandel genießen. Wir leh-
14 nen allgemeine Abkommen ab, welche ausländischen Anbietern einen Rechtsan-
15 spruch auf Marktzugang geben. Weltwirtschaftsbeziehungen sollen durch ein
16 pluralistisches System von internationalen und regionalen Institutionen und Or-
17 ganisationen geordnet werden, welches die Verschiedenheit von nationalen und
18 regionalen Entwicklungen anerkennt und schützt. Das Projekt weiterer Deregulie-
19 rung der Weltmärkte muss aufgegeben werden, wozu ein Moratorium für die
20 gegenwärtige Welthandelsrunde nur ein Einstieg wäre.

21 **Position Lokalisierung:** Die in II.2.3 genannten Prinzipien der Subsidiarität und
22 Self-Reliance lassen sich nur in kleineren Wirtschaftsräumen durchsetzen und ü-
23 berprüfen. Dazu bedarf es keiner weltumspannenden Organisation wie der
24 WTO. Stattdessen sind andere Prioritäten gefordert, u.a. Landwirtschaft vor In-
25 dustrie, und Vorrang für kleinbäuerliche Produktion. Produzenten-
26 Konsumenten-Vereinigungen können Kleinproduzenten ein regelmäßiges Ein-
27 kommen und den Konsumenten gesunde Nahrung und andere Produkte sichern.
28 Sie können vor allem wieder so etwas wie Verantwortung für die Erde bei beiden
29 – Produzenten und Verbrauchern – herstellen. Die Verbreitung von Lokalgeld
30 und entsprechenden Initiativen kann dazu einen wichtigen Beitrag leisten.

**Welche Rolle
für eine inter-
nationale
Handels-
organisation?**

31 **3.2 Neuordnung des Warenhandels**

32 Das bis 1995 geltende GATT-Abkommen (vgl. I.3.5) stellte nur scheinbar eine trag-
33 bare, entwicklungsfähige Grundlage für den internationalen Warenhandel dar. Es
34 gab sowohl Liberalisierungsinstrumente als auch Beschränkungsmechanismen. We-
35 gen der besseren Ausstattung der reicheren Länder gegenüber den sogenannten
36 Entwicklungsländern konnten diese aber nicht gleichermaßen genutzt werden.
37 Auch deshalb beklagten sogar die Regierungen jener Länder, dass sie regelmäßig
38 übervorteilt wurden.

39 Dafür tritt Attac Deutschland kurzfristig ein:

- 40 • Maßnahmen der Exportförderung müssen eingestellt werden (z.B. Subventio-
41 nen, Hermesbürgschaften, Steuerbefreiung des Flugverkehrs, bestimmte Maß-
42 nahmen der Forschungs- und Technologieförderung, z.B. im Bereich der Gen-
43 technologie, Metrorapid).⁴¹

44 Dafür tritt Attac Deutschland in langer Sicht ein:

- 45 • Fairness im internationalen Warenhandel bedeutet insbesondere, dass solche
46 Handelsbeziehungen nicht auf Geschlechterungleichheit beruhen oder sie gar
47 verschärfen dürfen. Entsprechende Standards für Nichtdiskriminierung und
48 Herstellung von Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern müssen ver-
49 einbart und regelmäßig überprüft werden.
- 50 • Ergänzt werden sollte der Warenhandel um Mechanismen, die einen Ausgleich
51 für die Verschlechterung der Terms of Trade vorsehen, welcher die sogenannten
52 Entwicklungsländer aufgrund von sinkender Nachfrage nach Rohstoffen ausge-
53 setzt sind, die ihrerseits auf technischem Fortschritt in den Industrieländern be-
54 ruht. Ein solcher Mechanismus muss sich einfügen in ein Entwicklungspro-

**Ungerech-
tigkeit
beenden,
nicht fort-
schreiben**

**Faire Preise
für Rohstoffe**

1 gramm, das die Abhängigkeitskosten der internationalen Arbeitsteilung gerecht
2 aufteilt. Es darf nicht länger hingenommen werden, dass diese Kosten einseitig
3 den rohstoffproduzierenden Ländern des Südens aufgebürdet werden.⁴²

4 **Position Entglobalisierung/Lokalisierung:** Eine Verringerung der Mengenströ-
5 me von Ex- und Importen gehört zu einer Politik des ökologischen Umbaus. Ein
6 Wirtschaftsmodell, das im Zuge einer konsequenten ökologischen Steuerreform
7 (vgl. II.1.1) Naturverbrauch bezahlen lässt, wird eher kleinformatische Produkti-
8 onsweisen mit einem höheren Anteil an menschlicher Arbeit befördern.

9 3.3 Neuordnung des internationalen Dienstleistungsverkehrs

10 Wir fordern einen sofortigen Stopp der Dienstleistungsverhandlungen (GATS). Von
11 der EU und der Bundesregierung verlangen wir, sofort alle bereits eingeleiteten
12 Verhandlungsschritte und die damit verfolgten Zielsetzungen offen zu legen. So-
13 weit internationaler Dienstleistungshandel vereinbart wird, sollte er folgenden Be-
14 dingungen genügen:

- 15 • Eine besonders widerliche Spielart internationalen Dienstleistungshandels sind
16 Frauenhandel und Sextourismus bzw. Prostitution von Migrantinnen. Diese
17 sind entschlossen und mit aller Härte zu ächten, die verantwortlichen Männer
18 hart zu bestrafen und die betroffenen Frauen zu schützen (z.B. durch entspre-
19 chende Bleiberechte für Migrantinnen).
- 20 • Die Gestaltung der Lebens- und Arbeitsverhältnisse durch die Betroffenen nach
21 den Prinzipien der Demokratie und Subsidiarität ist zu gewährleisten, d.h. Ent-
22 scheidungen müssen durch die Bürgerinnen und Bürger so lokal wie möglich
23 getroffen werden.
- 24 • Internationaler Dienstleistungsverkehr darf nicht darauf beruhen, dass Frauen
25 noch mehr unbezahlte häusliche Tätigkeiten aufgebürdet werden, weil bisher öf-
26 fentliche Dienstleistungen privatisiert werden. Er soll auch nicht darauf beru-
27 hen, dass wohlhabende Frauen im Norden ihre beruflichen Karrieren auf die
28 Haushaltsarbeit von Migrantinnen aus dem Süden stützen (müssen).⁴³
- 29 • Jede Gemeinschaft muss autonom und immer wieder neu entscheiden können,
30 wie sie ihre öffentlichen Dienste (Bildung, Gesundheit, Wasser- und Energiever-
31 sorgung, Verkehr, etc.) organisieren will, und darf nicht zur Beteiligung trans-
32 nationaler Konzerne gezwungen werden.
- 33 • Wirtschafts-, entwicklungs-, umwelt- und sozialpolitisch motivierte Regulie-
34 rungsmöglichkeiten auf kommunaler, nationaler und regionaler Ebene müssen
35 erhalten bleiben.

**Nicht auf
Kosten der
Frauen**

36 3.4 Weltagrarmarkt

37 Im Rahmen der gleichgeordneten Ziele von (1) Recht auf Nahrung, (2) Nahrungs-
38 mittelsicherheit und (3) Ernährungssouveränität ist der internationale Agrarhandel
39 ein mögliches Instrument und ihnen untergeordnet. Das fundamentale Recht auf
40 gesunde und kulturell angemessene Nahrung, wie in der Allgemeinen Erklärung
41 der Menschenrechte bereits verankert, darf nicht von internationalen Marktregeln in
42 Frage gestellt werden.

43 Das Konzept der Ernährungssouveränität wurde in den Ländern des Südens entwi-
44 ckelt und wird zunehmend auch von europäischen Agrarbündnissen übernommen.
45 Es ist die Voraussetzung, um eine ausreichende und sichere Verfügbarkeit von
46 Nahrungsmitteln in allen Regionen eines Landes zu verwirklichen. Ernährungssou-
47 veränität meint das Recht auf selbstbestimmte, eigene und unabhängige Nah-
48 rungsmittelproduktion und auf die Unterstützung lokaler Märkte und Produzenten.

49 Dafür tritt Attac kurzfristig ein:

- 50 • Abbau von Subventionen auf landwirtschaftliche Exporte und nicht-nachhaltige
51 Produktionstechnologien;

**Genug Nah-
rung für alle**

- 1 • Förderung ökologischer Landwirtschaft in Industrieländern und von Programmen zur Erforschung und Verbreitung nachhaltiger Anbau-, Verarbeitungs- und Vermarktungstechniken sowie eines bewussten Konsumentenverhaltens sowohl in Ländern des Südens als auch des Nordens;
- 2
- 3
- 4
- 5 • Schutz und Förderung lokal orientierter Landwirtschaft, welche zu großen Teilen von Frauen betrieben wird, vor allem zur Armutsminderung in Entwicklungsländern;⁴⁴
- 6
- 7
- 8 • Förderung der Rechte von LandarbeiterInnen und Landlosen sowie Überprüfung des Modells der marktgestützten Landreform. Es ist auch Sorge zu tragen, dass Frauen einen gleichberechtigten Zugang zu Eigentum an landwirtschaftlichen Produktionsfaktoren (Land und Kapital) erhalten. Diskriminierung, z.B. beim Erbrecht oder Kreditzugang, muss weltweit aufgedeckt und zurückgedrängt werden.
- 9
- 10
- 11
- 12
- 13

14 In langer Sicht vertreten Attac-Mitglieder unterschiedliche Positionen:

15 **Position Globalisierung gerechter gestalten:** Schutzrechte und gezielte Förderung zur Stärkung lokaler Agrarsysteme und Märkte sollen Regionen die Entwicklung eines Agrarsystems ihrer Wahl ermöglichen. Zumindest solange Billigimporte aus anderen Ländern, die subventioniert und nicht nachhaltig produziert wurden, ein lokal erwünschtes Nahrungssystem bedrohen, bleibt das Recht auf Schutzmechanismen bestehen, bis dieses wettbewerbsfähig ist. Langfristig wird sich so ökologische und sozial faire Produktion durchsetzen und Schutzmechanismen unnötig machen. Die Zugangsschranken zu den Märkten der Industrieländer müssen überarbeitet werden in Hinsicht auf die Ziele Ökologie und Armutsrelevanz. Eine internationale Handelsaufsicht mit Sanktionskompetenz kontrolliert die Fairness des Marktsystems unter spezieller Berücksichtigung der Entwicklungsbedürfnisse der einzelnen Regionen. Insbesondere verhindert sie die heutige Machtstellung von Agrarkonzernen und deren unlautere Vertragsformen, die das Marktrisiko auf die Bauern abwälzen.

**Dumping
verhindern**

29 **Position Lokalisierung:** Landwirtschaft vor Industrie: Da die Nahrung immer noch aus der Erde kommt und lokal und regional erzeugt werden soll, kann Landwirtschaft nicht dem Industrie-Modell heutiger Prägung folgen. Dieses ist auf die Bedienung des Weltmarktes ausgerichtet. Die Kleinbauern müssen gestärkt werden. Sehr viel mehr Menschen als heute können Arbeit in der Landwirtschaft finden. Durch konsequente Förderung lokaler Nahrungssysteme wird die heutige globale Handelsform zurückgedrängt. Handel dient nur noch dem Verkauf von Überschüssen nach guten Ernten sowie dem Kauf bei Missernten. Agroindustrielle Produktionsformen werden unnötig. Nach einer Umverteilung des Landes findet Ressourcenmanagement basisdemokratisch nach Wunsch der betroffenen Gemeinschaft statt. Der Import auch lokal produzierbarer Agrarprodukte wird durch Zölle verhindert, und Arme erhalten ausgleichende Unterstützung bei ihrer Versorgung.

**Agrar-
sektoren als
Kern lokaler
Wirtschafts-
kreisläufe**

42 3.5 Geistiges Eigentum und Technologietransfer

43 Wissen hat zwei besondere Eigenschaften: Es wird durch Teilung nicht weniger, d.h. das Lesen derselben Internetseite, das Hören derselben Musik, das Verwenden desselben Rezeptes usw. ist davon unberührt, ob eine, zwei oder sehr viele Personen davon Gebrauch machen. Und Wissen ist komplementär, d.h. es kann umso einfacher neues Wissen aufgenommen oder geschaffen werden, je umfangreicher der bereits erworbene Wissensstand ist.⁴⁵

49 Der gleichberechtigte Wissenszugang für Arme und Reiche, für Frauen und Männer ist zu gewährleisten. Die bildungsbezogenen Millenniumsziele sind dazu ein richtiger, aber nicht ausreichender Schritt. Die Verwirklichung gleicher Schulbildung für Frauen und Männer weltweit muss erste Priorität erhalten.

**Wissen
teilen**

53 Dafür tritt Attac Deutschland kurzfristig ein:

- 1 • Der Vorstoß des EU-Ministerrates, Patente auf Software zu ermöglichen, muss
2 gestoppt werden. Grundlage der entsprechenden EU-Richtlinie soll der (ur-
3 sprüngliche) Entwurf des europäischen Parlamentes sein.
- 4 Dafür tritt Attac Deutschland langfristig ein:
- 5 • Das TRIPS (WTO-Abkommen über geistiges Eigentum, vgl. I.3.5) muss abge-
6 schafft werden. Unter dem Deckmantel „geistiges Eigentum“ sollen die Ent-
7 wicklungschancen der Länder des Südens dauerhaft beschnitten und jeder Wis-
8 senstransfer blockiert werden.
- 9 • Zugleich öffnet das TRIPS Tür und Tor für die Aneignung von traditionellem
10 und lokalem Wissen durch die TNK sowie die weitere Nutzung der sogenann-
11 ten „grünen“ Gentechnik mit der Patentmöglichkeit auf Gensequenzen. Wir
12 wollen keine Patentierung von Gensequenzen, kein Patent auf Leben!
- 13 • Wir wollen kein Patent auf Saatgut! Die Rechte der Gemeinschaften auf ihre
14 Ressourcen müssen geschützt und ausgebaut werden. Sie sollten in einer inter-
15 nationalen und durchsetzbaren Konvention verankert werden.
- 16 • Angleichungen von geistigem Eigentumsschutz, z.B. Patentrechte, können nur
17 zwischen gleichartig strukturierten Volkswirtschaften angestrebt werden und
18 sollten nicht Teil der multilateralen Wirtschaftsordnung sein. Wir lehnen Patente
19 auf Software ab, insbesondere sogenannte Trivialpatente, da sie ausschließlich
20 den Interessen der TNK dienen.
- 21 • Die Vision einer Wissensallmende meint einen gesicherten Bestand allgemein
22 zugänglicher „Wissensgüter“ als globalen öffentlichen Raum, in dem zum
23 Wohle aller ausgetauscht und verknüpft werden kann, was der Einzelne an Wis-
24 sen schafft.⁴⁶

**Keine
Patente
auf Leben**

25 **4. Für eine andere EU und faire Handelsverträge**

26 **4.1 Regionale Handelsblöcke und bilaterale Verträge**

27 In den vorangehenden Abschnitten wurde aufgezeigt, wie Demokratie, Chancen-
28 gleichheit und Geschlechtergerechtigkeit, Vielfalt, das Leitbild der Nachhaltigkeit
29 und andere Ziele der menschlichen Entwicklung international verwirklicht werden
30 können. Dies gilt in gleicher Weise für die Regionalblöcke wie die EU, eine mögliche
31 Integration der beiden Americas und die entsprechenden Initiativen in Afrika und
32 Asien. Ganz besonders gilt es für die bilateralen Handelsabkommen, bei denen ü-
33 bermächtige Länder wie die EU, USA oder Japan mit armen Partnern wie z.B. den
34 AKP-Staaten verhandeln.

35 Dafür tritt Attac kurzfristig ein:

- 36 • Der Einfluss der Lobby der europäischen Konzerne auf Entscheidungen der EU-
37 Kommission ist zurückzudrängen. Die internationale Öffentlichkeit, die nation-
38 alen Parlamente, das Europa-Parlament und die gemeinsame parlamentarische
39 Versammlung von EU und AKP sind umfassend über den jeweiligen Stand der
40 Verhandlungen zu informieren. Die Zivilgesellschaft in allen betroffenen Län-
41 dern muss an den Verhandlungen beteiligt werden.
- 42 • Kein EU-AKP-Abkommen unter der neoliberalen Freihandelsagenda.

43 Dafür tritt Attac in langer Sicht ein:

- 44 • Kein Zwang zur Reziprozität bei Handelsabkommen. Die AKP-Staaten müssen
45 ihre lokalen und regionalen Märkte schützen können.
- 46 • Die EU muss ihre Außenhandelspolitik insbesondere gegenüber den Entwick-
47 lungsländern grundlegend ändern. Wirtschaftsabkommen können sich nur dann
48 „partnerschaftlich“ nennen, wenn sie die o.g. Prinzipien anwenden.
- 49 • Die AKP-Staaten benötigen politische Spielräume und Unterstützung zur Um-
50 setzung eigener Strategien gegen Armut, Hunger und Umweltzerstörung.

**Wider den
Lobbyismus**

- 1 • Regionale Integration sollte nach dem Vorbild z.B. des Diskussions- und Mei-
 2 nungsbildungsprozesses erfolgen, der von Alleanza Social Continental als Ge-
 3 genstück zur FTAA unter dem Titel „Alternativen für Amerika“ ins Leben geru-
 4 fen wurde. Ausschließlich solche Integrationsprozesse dürfen mit EU-Mitteln
 5 unterstützt werden.⁴⁷

**Richtige
Vergabe der
EU-Mittel**

6 4.2 Eine andere EU – sozial, ökologisch und antimilitaristisch

7 Trotz der unrühmlichen Rolle der EU bei der neoliberalen Umgestaltung Europas
 8 sehen wir ein vereintes Europa als eine große Herausforderung. Europa bietet eini-
 9 ge günstige Voraussetzungen für eine Politik, die die entfesselten Kräfte des freien
 10 Marktes eindämmt: Es bildet einen wirtschaftlich relativ einheitlichen und nur in
 11 relativ geringem Maße von den Handelsbeziehungen zu anderen Kontinenten ab-
 12 hängigen Wirtschaftsraum.

13 Wir setzen uns für ein anderes Europa ein: Für eine Union, welche die Vorherr-
 14 schaft demokratischer Willensbildungsprozesse über die Kräfte des Marktes wie-
 15 derherstellt; dazu gehört die wirksame Kontrolle der EU-Handelspolitik durch die
 16 Parlamente der EU-Mitgliedstaaten und das EU-Parlament.

17 Wir fordern einen sofortigen Stopp der europaweiten Liberalisierung öffentlicher
 18 Dienstleistungen. Die progressiven Ansätze im Bereich sozialer Standards und sozi-
 19 alen Ausgleichs müssen ausgebaut und verbessert werden.

20 Europa muss sich international für eine demokratische Kontrolle und eine Re-
 21 Regulierung der Finanzmärkte und für eine solidarische Weltwirtschaftsordnung
 22 einsetzen, ohne dabei selbst in Großmachtgehebe zu verfallen. Die EU muss das
 23 Projekt einer EU-Interventionstruppe zur Sicherung ihrer globalen Machtansprüche
 24 aufgeben zugunsten einer zivilen und präventiven Politik der Konfliktbewältigung.

25 Wir setzen uns für eine gründliche Umgestaltung der Währungsunion ein. Anstatt
 26 der einseitigen Fixierung auf die Preisstabilität muss die Zinspolitik der Europäi-
 27 schen Zentralbank in erster Linie der Bekämpfung von Erwerbslosigkeit und sozia-
 28 ler Ausgrenzung und dem ökologischen Wirtschaften verpflichtet sein.

**Für eine
solidarische
Währungs-
ordnung**

29 Die Erzwingung weiterer Kürzungen der öffentlichen Ausgaben durch den sankti-
 30 onsbewehrten Stabilitätspakt lehnen wir ab. *[Diese Position zum Stabilitätspakt ist
 31 strittig; vgl. I.3.6]* Statt dessen muss es einen europäischen Pakt für soziales und ö-
 32 kologisches Wirtschaften geben, mit dem sich die EU-Mitgliedstaaten quantifizier-
 33 bar und verbindlich zur Senkung der Erwerbslosigkeit, zur Umverteilung zwischen
 34 Arm und Reich, zum Nord-Süd-Ausgleich und zu einer nachhaltigen Wirtschafts-
 35 entwicklung verpflichten.

36 Unterschiedliche Einschätzungen gibt es bei Attac über die Rolle des Euro:

37 **Position Globalisierung gerechter gestalten:** Die währungspolitische Bedeutung
 38 des Euro muss genutzt werden, um die einseitige Ausrichtung des internationa-
 39 len Finanz- und Währungssystems auf die Interessen der Kapitalanleger mit dem
 40 US-Dollar als Leitwährung zu beenden und wirtschaftlich schwächeren Ländern
 41 eine Neuausrichtung ihrer Währungspolitik zu ermöglichen. Europa muss auf
 42 eine Koordinierung der Wechselkurse zwischen Dollar, Euro und Yen hinarbei-
 43 ten (vgl. III.5.2.1).

44 Steueroasen innerhalb der EU müssen sofort geschlossen werden – auch um ein
 45 Zeichen gegen anderen Steueroasen zu setzen (vgl. III.5.4). Weil fallende staatliche
 46 Einnahmen auch durch den unfairen Wettbewerb der gesamten Steuersysteme ver-
 47 ursacht werden, muss es eine europaweite Mindestbesteuerung von Kapital- und
 48 Unternehmenserträgen geben. Zur Abschöpfung von Spekulationsgewinnen und
 49 zur Stabilisierung der internationalen Finanzmärkte fordern wir zudem, dass die
 50 EU eine Vorreiterrolle bei der weltweiten Durchsetzung einer „Tobin-Steuer“ (siehe
 51 III.5.1.3) einnimmt, indem sie eine Steuer auf alle Transaktionen mit dem Euro ein-
 52 führt.

**Steueroasen
austrocknen,
Tobinsteuer
einführen**

1 Ziel der europäischen Agrarpolitik muss eine nachhaltige Entwicklung der Lebens-
 2 und Wirtschaftsweisen im ländlichen Raum sein. Exportsubventionen werden ein-
 3 gestellt; Fördermittel müssen zielgerichtet an die der Nachhaltigkeit verpflichtete,
 4 ökologische Landwirtschaft vergeben werden. Nur so können die gesellschaftlichen
 5 Anliegen wie die Gesundheit der Verbraucher, der Schutz von Böden, Grundwasser
 6 und Kulturlandschaften und das Wohl von Nutztieren mit einer gesicherten berufli-
 7 chen Perspektive der Bäuerinnen und Bauern vereinbart werden.

**Für eine
neue
Agrarpolitik**

8 **5. Neuordnung der Währungs- und Finanzbeziehungen**

9 **5.1 Finanzbeziehungen**

10 **5.1.1 Entschuldung**

11 Wir treten ein für ein neues Verfahren der Bewältigung von untragbaren Auslands-
 12 schulden. Zu diesem gehören eine unparteiische Entscheidungsfindung, ein Anhö-
 13 rungsrecht für alle Betroffenen und die Sicherstellung eines Existenzminimums für
 14 Staaten vor dem Zugriff der Gläubiger (Insolvenzrecht für Staaten).⁴⁸

15 Dafür tritt Attac Deutschland kurzfristig ein:

- 16 • Ausweitung des Kreises der Länder, die Zugang zu Entschuldung haben, über
 17 den willkürlich definierten Kreis der Hochverschuldeten Armen Länder (HIPC)
 18 hinaus.
- 19 • Ausweitung der durch die HIPC-Initiative nur unzureichend gewährleisteten
 20 Entschuldung der ärmsten Länder auf ein wirklich tragfähiges Maß. Orientie-
 21 rungsgröße bleibt dabei die Entschuldung Deutschlands im Jahr 1953 auf eine
 22 Schuldendienstquote von weniger als 5% der jährlichen Exporteinnahmen.

**Schulden
streichen**

23 Dafür tritt Attac Deutschland langfristig ein:

- 24 • Reform der Konditionierung von Schuldenerlassen im Sinne einer umfassenden
 25 Abkehr vom traditionellen Konzept des Washington Consensus. Stärkung der
 26 Möglichkeiten der Betroffenen in den verschuldeten Ländern, wirtschaftliche
 27 Reformprogramme selbst zu entwickeln und die Verwendung der durch Ent-
 28 schuldung frei werdenden Mittel zu kontrollieren. Dabei ist auf die Anwendung
 29 des Gender-Mainstreaming-Prinzips zu achten.
- 30 • Ersetzung der bisherigen, allein von den Gläubigern dominierten Entschul-
 31 dungsverfahren im Pariser Club, Londoner Club und den Internationalen Fi-
 32 nanzinstitutionen durch ein faires und transparentes Schiedsverfahren.
- 33 • Berücksichtigung der Legitimität bzw. Illegitimität von Gläubigeransprüchen im
 34 Internationalen Schuldenmanagement auf der Grundlage der Doktrin der „Ver-
 35 abscheuungswürdigen Schulden“ (Odious Debts); Streichung von Forderungen,
 36 welche in einem fairen und transparenten Verfahren als illegitim identifiziert
 37 wurden.

**Schuldner
schützen**

38 **5.1.2 Entwicklungsfinanzierung**

39 Der seit langem beschlossene Anteil von 0,7% des BIP für Entwicklungshilfe muss
 40 endlich politische Praxis werden. Seit Beschluss dieser Quote haben die Industrie-
 41 nationen ihren Entwicklungshilfeansatz fortwährend nach unten bewegt auf z.Zt.
 42 ca. 0,23%.

43 Die weltweite – oder zunächst auch: europaweite – Einführung einer Tobin-Steuer
 44 könnte ein erhebliches Finanzvolumen realisieren (das Spahn-Gutachten nennt z.B.
 45 eine Summe von 17 Mrd. Euro, siehe unten), das für die Finanzierung von mensch-
 46 licher Entwicklung bzw. Armutsbekämpfung in den Ländern des Südens eingesetzt
 47 werden soll.

48 Der Zugang zur Entwicklungsfinanzierung diskriminiert in vielen Ländern die
 49 Frauen. Deshalb ist einerseits von der Geberseite aus auf eine geschlechtsneutrale
 50 Aufteilung von Entwicklungsmitteln zu achten, andererseits sind solche Instru-

1 mente einzusetzen, welche Frauen gezielt zukommen können (z.B. Mikrofinanzie-
2 rung).

3 **Position Globalisierung gerechter gestalten:** Derzeit ist für viele Entwicklungs-
4 länder die Verletzung sozialer und ökologischer Standards ihr einziger Vorteil
5 im weltweiten Konkurrenzkampf. Um die Umsetzung solcher Standards in Ent-
6 wicklungsländern möglich zu machen, soll diesen eine Ko-Finanzierung ange-
7 boten werden, nach dem Vorbild des gleichnamigen EU-Instrumentes.

**Global
Marshall Plan**

8 Als politisches Signal können Initiativen wie die Global-Marshall-Plan-Initiative
9 gelten. Diese setzt sich für die Realisierung von Entwicklungshilfe, Ko-
10 Finanzierung und Tobin-Steuer ein. Weiterhin wird beispielsweise eine Welt-
11 handelsabgabe, die Terra-Tax, genannt.⁴⁹

12 **Position Entglobalisierung/Lokalisierung:** Die Global-Marshall-Plan-Initiative
13 ist ein Versuch aus Wirtschaft, Politik und Nicht-Regierungsorganisationen, im
14 Namen der Nord-Süd-Solidarität den globalen Machtanspruch der EU politisch
15 und ökonomisch zu unterstützen. Ausdrücklich soll die Entwicklungsfinanzie-
16 rung einen weltweiten Wachstumsschub auslösen, auch zum Nutzen der euro-
17 päischen Exportländer.

**Solidarität
statt Imperi-
alismus**

18 Eine Entwicklungsstrategie, die in erster Linie auf eine eigenständige Entwick-
19 lung des Südens setzt statt auf europäisch-imperiale Machtansprüche, sollte sich
20 an der Devise orientieren: „Weniger nehmen (im Sinne von ausbeuten) ist besser
21 als mehr geben“.

22 5.1.3 Tobin-Steuer und Re-Regulierung

23 Es ist allgemein bekannt, dass Attac für die weltweite Einführung der als Tobin-
24 Steuer bekannten Devisenumsatzsteuer eintritt. Als Einzelinstrumente sind die To-
25 bin-Steuer oder die Spahn-Steuer selbstverständlich unzureichend, die Probleme auf
26 den internationalen Finanzmärkten zu lösen. Finanzkrisen oder gar die neoliberale
27 Globalisierung lassen sich mit einer Devisenumsatzsteuer alleine nicht aufhalten.
28 Wir betrachten die „Tobin-Steuer“ vielmehr nur als einen Einstieg in die Re-
29 Regulierung der internationalen Finanzmärkte.⁵⁰

**Devisenum-
satzsteuer**

30 Die Liberalisierung der Währungs- (siehe nächster Abschnitt) und Finanzmärkte
31 wirkt keineswegs geschlechtsneutral. Insbesondere die gehäuft auftretenden Fi-
32 nanzkrisen treffen Frauen überproportional, sei es durch Krisenabfederung durch
33 unbezahlte, informelle Frauenarbeit, durch „Hausmädchenexport“ oder durch
34 Rückschläge bei der Gleichstellungspolitik.⁵¹

35 Dafür tritt Attac Deutschland kurzfristig ein:

- 36 • Die deutsche Politik soll eine europäische Gesetzesinitiative für eine europa-
37 weite Devisenumsatzsteuer einleiten.

38 Dafür tritt Attac Deutschland in langer Sicht ein:

- 39 • Angesichts der Tatsache, dass nicht Geld, sondern Menschen arbeiten, ist ein
40 Ziel von Attac, alle Instrumente zu verwirklichen, welche Renditeerwartungen
41 von spekulativen Geschäften schwächen. Damit entfällt auch der erpresserische
42 Hebel, den viele Unternehmen – i.d.R. TNK – gegenüber staatlichen Institutio-
43 nen einsetzen.⁵²
- 44 • Das Recht auf souveräne Steuerung des Zahlungs- und Kapitalverkehrs darf
45 durch die Liberalisierung von Finanzdienstleistungen nicht eingeschränkt wer-
46 den. Kein Land darf von IWF und Weltbank – oder demnächst: der WTO(!) –
47 zur Finanz- oder Kapitalmarktliberalisierung gezwungen werden. Geschlechts-
48 bezogene Auswirkungen eventueller Liberalisierungspolitiken sind im Vorhin-
49 ein zu bestimmen und auszugleichen.
- 50 • Die Staaten müssen jederzeit das Recht ausüben können, sich vor unerwünsch-
51 ten Kapitalbewegungen zu schützen.
- 52 • Zur Grundlage der makroökonomischen Steuerung sollen alle Länder soge-
53 nannte Gender-sensible Budgets erarbeiten, in denen die Struktur des Staats-
54 haushaltes und seine Veränderungen hinsichtlich der Auswirkungen auf ver-

**Gegen
Erpressung
durch TNK**

1 verschiedene Gruppen und Klassen von Männern und Frauen erfasst und bewertet
2 werden.⁵³

3 **Position Globalisierung gerechter gestalten:** Ein reformierter IWF muss die
4 Unterstützung der Liberalisierung von Kapitalmärkten aufgeben. Statt dessen
5 soll die in der IWF-Satzung stehende Formulierung, „solche Kontrollen auszu-
6 üben, die notwendig sind, um internationale Kapitalbewegungen zu regulieren“
7 (Art. IV, Abs. 3), zu einer zentralen Aufgabe werden.

8 **Position Lokalisierung:** Bei einer regional bzw. lokal ausgerichteten Wirtschafts-
9 struktur zirkuliert das Geld lokal (vgl. die entsprechende Position in III.5.2.1).
10 Damit wird den virtuellen, spekulationsorientierten Produkten der internationa-
11 len Finanzmärkte der Boden entzogen; mit Austrocknen der internationalen Fi-
12 nanzströme verschwindet auch der Bedarf für eine anonyme Mammutbehörde
13 zu deren Aufsicht oder Koordination.

**Welche
Gestalt für
inter-
nationale
Finanz-
märkte?**

14 5.2 Währungsbeziehungen

15 5.2.1 Wechselkurse stabilisieren

16 Das sogenannte Über- bzw. Unterschießen der Wechselkurse ist eines der schwer-
17 wiegendsten Probleme. Es wurde durch die Liberalisierung der Finanzmärkte ver-
18 ursacht, die praktisch unkontrollierte Währungstransaktionen und andere internati-
19 onale Kurzfrist-Finanzgeschäfte ermöglicht. Eine Re-Regulierung kurzfristiger Fi-
20 nanzströme mit dem Ziel ihrer Eindämmung und Kontrolle ist deshalb dringend
21 geboten (bis hin zur Möglichkeit von Kapitalverkehrskontrollen). Hierin ist ein
22 wichtiger Hebel gegen die Währungsspekulation zu sehen. Kontrovers diskutiert
23 wird bei Attac die Frage, ob die Kurse zwischen verschiedenen Währungen poli-
24 tisch festgelegt werden können:

25 **Position Wechselkursfestlegungen durch die öffentliche Hand:** Wir treten für
26 die Einführung von Wechselkurszielzonen zwischen den drei Hauptwährungen
27 (Yen, Euro, Dollar) ein, die in der Verantwortung einer internationalen Organi-
28 sation, z.B. eines IWF-Nachfolgers, geführt werden sollten.

29 **Position Gegen Wechselkursfestlegungen durch die öffentliche Hand:** Es gibt
30 bisher keine praktische Lösung, wie Wechselkurse angemessen politisch festge-
31 legt werden können. Es darf nicht verkannt werden, dass falsche Wechselkurs-
32 politik eine der Ursachen von Finanzkrisen ist. So finanzierte der IWF oft Wech-
33 selkurse, die sich schließlich als unhaltbar erwiesen. Dadurch wurde Banken und
34 Kapitaleignern „das Fluchttor aufgehalten“, während die Menschen dieser Län-
35 der anschließend einer umso schlimmeren Währungskrise überlassen wurden
36 (das sogenannte Bail-Out). Festlegungen von Wechselkursen sind immer mit er-
37 heblichen Risiken verbunden; sie tragen oft zur Entstehung des Problems bei, das
38 sie lösen sollen.⁵⁴

**Welches
Wechselkurs-
regime?**

39 Einen Ausweg aus der Wechselkursproblematik bieten grundsätzlich andere Geld-
40 arrangements. Einerseits fallen Wechselkurse durch die Einführung einer gemein-
41 samen Währung weg; Dafür sind die Währungsunionen west- und zentralafrikani-
42 scher Länder sowie der Euro ein Beispiel. Die entgegengesetzte Strategie setzt auf
43 Lokalgeld:

44 **Position Lokalisierung (Lokale Geldkreisläufe machen Währungstransaktio-
45 nen teilweise überflüssig):** Es kann nicht wegdiskutiert werden, dass die Geld-
46 und Währungsstrukturen nicht alleinige, aber wesentliche Ursache diverser gra-
47 vierender Missstände sind. Eine Re-Regulierung der entfesselten Kapitalmärkte
48 allein reicht nicht aus. Deshalb müssen Forderungen nach alternativen (komple-
49 mentären) Geldsystemen, die Tauschgerechtigkeit ermöglichen, erhoben werden.
50 Konkrete Schritte sind vor Ort möglich; angefangen vom eigenen Anlageverhal-
51 ten (langfristige Aktien- und Geldanlage, zinslose Geldanlagen) bis hin zur Ein-
52 führung komplementärer lokaler und regionaler Währungen sowie Tauschringen
53 und Spar- und Leihgemeinschaften tut sich hier ein breites Feld möglicher Betä-

1 | tigungen auf. Entsprechende Initiativen (etwa Regiogeld-Systeme wie der
2 | Chiemgauer) sind zu unterstützen.⁵⁵

3 | 5.2.2 Leistungsbilanzausgleich und Geldpolitik

4 | Z.Zt. wird die Aufgabe des Zahlungsbilanzausgleichs einseitig den Schuldnerlän- **Leitwährung**
5 | dern aufgebürdet. Dem könnte eine solidarische Leitwährung entgegen wirken, die
6 | nicht zugleich nationale Währung wäre. Sie müsste so konzipiert werden, dass sie
7 | nicht nur Verrechnungseinheit bleibt, sondern auch auf den Ausgleich internatio-
8 | naler Leistungsbilanzen und mehr Gerechtigkeit im internationalen Handel hinwir-
9 | ken würde. Eine Währung mit Demurrage (siehe unten) wäre ein Mechanismus, der
10 | auch die Gläubigerländer in die Verantwortung nimmt. Die Form des Leistungsbi-
11 | lanzausgleiches steht in Wechselwirkung mit der jeweiligen Geldpolitik: Diese darf
12 | nicht einseitig festgelegt, sondern muss gesellschaftlich eingebunden sein.⁵⁶

13 | Dafür tritt Attac Deutschland kurzfristig ein:

- 14 | • Eine Abkehr von monetaristischen Geldpolitiken ist eine wichtige Bedingung
15 | für Entwicklung.
- 16 | • Wir setzen uns für eine gründliche Umgestaltung der europäischen Währungs-
17 | union ein. Anstatt der einseitigen Fixierung auf die Preisstabilität muss die
18 | Zinspolitik der Zentralbank in erster Linie der Bekämpfung von Erwerbslosig-
19 | keit und sozialer Ausgrenzung sowie dem ökologischen Wirtschaften ver-
20 | pflichtet sein.

21 | Dafür tritt Attac Deutschland in langer Sicht ein:

- 22 | • Es bedarf einer demokratischen globalen Institution, die für eine eigenständige **Demurrage**
23 | Leitwährung eine Geldpolitik verfolgt, die an Wachstum und Beschäftigung,
24 | v.a. in Entwicklungsländern, orientiert ist und im Fall von Finanzkrisen interna-
25 | tionale Liquidität zur Verfügung stellen kann. Eine solche „Clearing-Bank“
26 | müsste für jedes Land ein Konto führen, das bis zu einem bestimmten Anteil
27 | seines Außenhandelsvolumens überzogen werden darf. Wird diese Grenze ü-
28 | berschritten, fallen progressiv steigende Zinsen an, sowie bei festen Wechselkur-
29 | sen eine Abwertung der Währung. Ebenso wird Ländern, die über ein be-
30 | stimmtes Volumen hinaus Guthaben ansammeln, ein Zins abgezogen (es gibt al-
31 | so einen Negativzins auf die Guthaben) – das ist die sogenannte „Demurrage“ –,
32 | bei festen Wechselkursen erfolgt eine Aufwertung der Währung. Durch Demur-
33 | rage kann eine Währung nicht als Vermögensspeicher verwendet werden, es be-
34 | stehen beständige Handelsanreize für alle Beteiligten.
- 35 | • Gleichzeitig sollten internationale Kredite, wenn überhaupt, nur noch zu festen
36 | oder mindestens mittelfristig kalkulierbaren Zinssätzen vergeben werden.

37 | 5.3 Internationale Organisationen und Institutionen

38 | Für einen zukunftsfähigen Entwicklungspfad ist eine internationale, öffentliche
39 | Entwicklungsbank erstrebenswert, die als Finanzier auftritt für Projekte und Pro-
40 | gramme, die vor Ort entwickelt werden. Auch kann eine internationale Organisati-
41 | on zur Unterstützung einer makroökonomischen Steuerung (z.B. bei Zahlungsbi-
42 | lanzproblemen) sinnvoll sein, die plurale Wirtschafts- und Gesellschaftskonzepte
43 | fördert, welche in partizipativen Verfahren entwickelt werden.

44 | Damit internationale Organisationen und Institutionen zur Zukunftsfähigkeit bei-
45 | tragen, muss das neoliberale Leitbild überwunden werden, dem IWF und Weltbank
46 | heute verpflichtet sind.

47 | Dafür tritt Attac kurzfristig ein:

- 48 | • Die ordnungspolitische Beeinflussung von Entwicklungsländern durch interna-
49 | tionale (Finanz-)Organisationen muss abgestellt werden.
- 50 | • Der Basler Akkord (Basel II) des kaum bekannten Financial Stability Forum
51 | muss unter stabilitäts- und entwicklungspolitischen Gesichtspunkten überprüft
52 | werden. Basel II zielt auf die internationale Handelbarkeit (Verbriefung) von
53 | Krediten und wird u.a. die Banken zu kurzfristiger statt langfristiger Kreditver-

1 gabe verleiten. Im Krisenfall bergen aber gerade hohe, kurzfristige Kreditschulden enorme systemische Risiken. Entwicklungsländer sind im Basler Komitee
2 nicht vertreten, wiewohl sie von den Auswirkungen betroffen sein werden.⁵⁷
3

4 **Position Globalisierung gerechter gestalten:** Eine Reform wird verfolgt, nach
5 der Weltbank und IWF die o.g. Aufgaben übernehmen können. Zentraler Ansatz
6 hierfür sind interne demokratische Strukturen. Dazu bedarf es einer Neuordnung
7 der Stimmrechte, die zwar die ökonomische Dimension eines Landes berücksichtigt,
8 aber auch Bevölkerungszahl, menschliche Entwicklung u.ä. Neben den
9 den Regierungen sind die Zivilgesellschaften zu beteiligen. Ein derart reformierter
10 Fonds könnte auch wieder Verantwortung bei der Koordination der Währungs-
11 politik, der Kapitalverkehrsregulierung und der Krisenprävention (Liquiditätsprobleme)
12 und Krisenbekämpfung übertragen bekommen.

13 **Position Entglobalisierung:** Anstelle einer Stärkung von IWF und Weltbank
14 durch Reformbemühungen wird eine Strategie der Entmachtung oder Abschaffung
15 von IWF und Weltbank zugunsten regionaler Regulierung und Kontrolle
16 der Finanzmärkte verfolgt. Grundlage der regionalisierten Finanzordnungen soll
17 die demokratische Kontrolle durch die jeweiligen Bevölkerungen sein. Als Alternative
18 zu IWF und Weltbank wird der Aufbau entsprechender internationaler
19 Regionalorganisationen angestrebt, die miteinander kooperieren.

**Können IWF
und
Weltbank
reformiert
werden?**

20 5.4 Steuerpolitik

21 Für eine gleichmäßige Beteiligung der Kapitaleinkommen an den öffentlichen Auf-
22 gaben ist eine grundlegende Bekämpfung der Steuerflucht erforderlich. Kernpunkt
23 ist die internationale Durchsetzung des Wohnsitzprinzips bei der Besteuerung von
24 Kapitaleinkünften, zunächst innerhalb der EU in Kooperation mit den USA. Die
25 Steueroasen müssen und können mit einfachen Mitteln unter Druck gesetzt werden,
26 sich diesen Standards anzuschließen. Gleiches gilt für Regeln im Bereich Geldwä-
27 sche und Standards der Finanzmarktaufsicht.⁵⁸

28 Ein anderer wesentlicher Punkt ist die Einführung einer weltweit einheitlichen Ge-
29 winnsteuer, um die Erpressbarkeit von Regierungen zu verringern und Buchungstricks
30 wie Firmensitzverschiebungen in andere Länder oder Übertragungen von
31 Gewinnen auf Tochtergesellschaften sinnlos zu machen.

**Kapital
besteuern**

32 6. Strategien und Bündnisse auf dem Wege zu einer Alternativen 33 Weltwirtschaftsordnung

34 Das Netzwerk Attac als Teil der globalen sozialen Bewegungen benötigt geeignete
35 Strategien und Bündnisse, um seine Anliegen voranzutreiben. Gleichwohl soll mit
36 diesem Diskussionspapier nicht suggeriert werden, dass wir den richtigen Weg
37 wüssten.

38 Es ist keinesfalls ein fixes, lediglich der Umsetzung harrendes Programm. Vielmehr
39 stellt das Diskussionspapier wichtiges Orientierungswissen dar. Es wäre kontra-
40 produktiv, Wege zu sehr festzulegen. Denn das für soziale Bewegungen gerade in
41 diesen scheinbar alternativlosen Zeiten wichtige Öffnen von Denk- und Handlungs-
42 räume findet in sehr vielfältiger Form statt. „Fragend gehen wir voran“ (preguntan-
43 do caminamos) sagen die mexikanischen Zapatistas, was gerade nicht Beliebigkeit,
44 sondern Offenheit, strategische Klugheit und die permanente Suche der Auswei-
45 tung von Bündnissen bedeutet.

46 Beim gegenwärtigen Zustand der parlamentarischen Systeme und großer Teile der
47 Massenmedien können solche kohärente Alternativen ausschließlich durch breite
48 Koalitionen von sozialen Bewegungen außerhalb des Parlaments zur Diskussion
49 gestellt werden. Diese Bewegungen können sich auf die Massenbewegungen gegen
50 den Krieg, auf die Bewegung gegen den Sozialabbau, auf die Umweltbewegung,
51 aber auch auf die entwicklungspolitischen Netzwerke, auf die Gewerkschaften und
52 nicht zuletzt auf den ökumenischen Prozess stützen, indem sie die kritischen Analy-

**Orientie-
rungswissen,
kein
Programm**

1 sen dieser Bewegungen vertiefen und erweitern und praktisch an Aktionsformen
2 anknüpfen, die sich in den letzten Jahren wieder herausgebildet haben.⁵⁹

3 Die Notwendigkeit von Alternativen steht außer Frage. Die sozialen Bewegungen,
4 Zivilgesellschaften und die globalisierungskritischen Organisationen müssen sich
5 für eine andere Welt – und das heißt auch: für eine andere Lebensweise – einsetzen
6 und dafür kämpfen. Dazu gehören der Aufbau und die Vernetzung von Selbstorga-
7 nisationen, z.B. Kooperativen, die neue Wirtschaftsformen erproben. Daraus entwi-
8 ckelt sich die Unterscheidung von Produktiv- und Destruktivkräften. Diese Krite-
9 rien können die Basis für eine Beurteilung kapitalistischer Produktionsstätten und
10 den daraus abzuleitenden notwendigen Umbau- bzw. Rückbauprozessen sein.

11 Vier Aspekte sind in diesem Zusammenhang entscheidend, die wiederum in die
12 Entwicklung spezifischer Strategien, Organisationsprozesse und Bündnisse ein-
13 fließen müssen:

14 • Eine zentrale Bedingung von emanzipativen Bewegungen liegt darin, sich in
15 permanenten Diskussion- und Klärungsprozessen der eigenen politischen Wir-
16 kungen, inhaltlichen Positionen und (eigener wie gegnerischer) Strategien zu
17 vergewissern.

18 • Das Verhältnis von Kritik und Handeln ist kein dichotomisches (hier die Kriti-
19 ker, dort diejenigen, die etwas verändern), sondern kritische Analyse ist inte-
20 graler Bestandteil von kritisch-emanzipativem Handeln. Insbesondere kann da-
21 mit vor der Illusion bewahrt werden, dass die gewünschten, dringend notwen-
22 digen und weitreichenden gesellschaftlichen Veränderungen auf einem klaren
23 Weg umsetzbar wären.

24 • Wie es Kolleginnen und Kollegen von Attac Frankreich treffend ausdrücken,
25 geht es unter anderem darum, sich nicht zu oft auf die institutionellen und dis-
26 kursiven Terrains der Gegner zu begeben. Denn die herrschenden Sichtweisen
27 und die veröffentlichte Meinung geben sehr stark vor, welche politischen For-
28 men und Inhalte als plausibel und vernünftig angesehen werden. So ist die herr-
29 schende Aufspaltung in die große staatliche Politik und die kleine im Alltag e-
30 her ein Problem für emanzipative Veränderungen. Emanzipative Veränderun-
31 gen bedeuten auch, Alltag zu verändern, andere Praktiken auszuprobieren, sich
32 der alltäglichen Durchsetzung des Neoliberalismus in den vielfältigen Instituti-
33 onen zu widersetzen.

34 • Eine Gefahr der aktuellen Entwicklungen besteht darin, Markt und Staat als eine
35 Art Nullsummenspiel zu verstehen. Eine weit verbreitete Annahme lautet: Be-
36 deutete die neoliberal-kapitalistische Globalisierung die Stärkung der Markt-
37 kräfte, so müsse nun wieder der Staat an Einfluss gewinnen, um die sozioöko-
38 nomischen Entwicklungen politisch zu gestalten. So wichtig eine Zurückdrän-
39 gung von Kapitalinteressen ist, so sehr droht ausgeblendet zu werden, dass
40 staatliche Politik selbst ganz wesentlich an den von den jüngsten Bewegungen
41 kritisierten Entwicklungen beteiligt ist und sie mitunter aktiv voran getrieben
42 hat. Nun wäre es unsinnig, die dominanten politischen und medialen Mecha-
43 nismen unberücksichtigt zu lassen. Doch müssen die Ambivalenzen klar sein. Es
44 muss immer wieder eine kritische Reflexion darüber geben, inwieweit man dazu
45 gebracht wird, sich zu sehr auf Vorgaben der anderen Seite einzulassen.

**Soziale Be-
wegungen**

Alltag

Anmerkungen

Vorwort

¹ Auf dem Attac-Ratschlag (dem höchsten Entscheidungs-Gremium von Attac-Deutschland) wurde am 31.10.2004 in Hamburg der folgende Antrag zum AWWO-Papier ohne Gegenstimme angenommen:

1. Der Ratschlag begrüßt die Erarbeitung des Diskussionspapiers zu einer alternativen Weltwirtschaftsordnung. Dieses trägt den Titel: ‚Diskussionen in Attac-Deutschland zu einer alternativen Weltwirtschaftsordnung‘.
2. Der Ratschlag anerkennt: Es ist eine Grundlage dafür, die Debatte innerhalb von Attac zu den Perspektiven einer ökologischen und solidarischen Weltwirtschaftsordnung fortzuführen als laufenden Diskussionsprozess, auch für diejenigen, die sich noch nicht in diesem Papier vertreten sehen.
3. Das Diskussionspapier wird in geeigneter Form veröffentlicht (Buch, Broschüre).

Kapitel I

² Zahlen nach Duwendag, D. 2003. „Globalisierung in ökonomischer Perspektive.“ S. 119-135 in: Schmidt, O. (Hrsg.), *Die neuen Kommandohöhen*. VWF, Berlin; zu Unternehmenszusammenschlüssen vgl. Deutscher Bundestag (Hrsg.) 2002. *Globalisierung der Weltwirtschaft: Schlussbericht der Enquete-Kommission*. Leske & Budrich, Leverkusen (im Internet unter <http://dip.bundestag.de/btd/14/092/1409200.pdf>), S. 160.

³ „Keynesianismus“ meint jene Wirtschaftstheorie, welche den Markt als stabilisierungsbedürftig durch den Staat ansieht; daraus leitet sich unter anderem die Idee einer staatlichen Konjunkturpolitik ab, welche Konjunkturschwankungen entgegen wirkt (sogenannte Antizyklík) und so einen stetigen Wachstumspfad ermöglicht. Im Gegensatz dazu glauben die Liberalen, dass der Staat durch seine Eingriffe den Markt destabilisiere; daraus leiten sie unter anderem die Idee einer unabhängigen Zentralbank ab mit einem einzigen (langfristigen) Ziel, Inflation zu verhindern (dies wird als monetaristische Position bezeichnet und geht auf Milton Friedman zurück). Hintergrundliteratur beispielsweise Stanislaw, J. und Yergin, D. 1999. *Staat oder Markt – die Schlüsselfrage unseres Jahrhunderts*. Campus, Frankfurt/Main.

⁴ Vgl. z.B. <http://www.worldbank.org/research/povmonitor/>; zum abnehmenden Fortschritt in den Jahren 1980-2000 siehe <http://www.attac.org/fra/toil/doc/cepr05.htm>.

⁵ Zahlenangaben nach Krämer, G. 1997. *Entwicklungsland Deutschland: Umkehr zu einer global zukunftsfähigen Entwicklung. Ein Schaubilderbuch*. Hammer, Wuppertal.

⁶ Vgl. z.B. Sassen, S. 2004. „Die Kriminalisierung von Migranten.“ *Blätter für deutsche und internationale Politik* 8/04: 957-964.

⁷ Chang, H.-J. 2003. „Was der Freihandel mit einer umgestoßenen Leiter zu tun hat.“ *Le Monde diplomatique* 7077: 12-13.

⁸ Vgl. z.B. Daly, H.E. 1993. „The perils of free trade.“ *Scientific American* (November): 24-29.

⁹ Die OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) ist der „Club“ der westlichen Industrieländer. Die OECD gibt regelmäßig die Wirtschaftsdaten ihrer Mitglieder heraus, formuliert wirtschaftspolitische (in aller Regel neoliberale) Empfehlungen und entwickelt Standards für viele Bereiche (z.B. Verhaltenskodices für Unternehmen). Seit den 1990er Jahren gehören auch Mexiko, Süd-Korea sowie einige osteuropäische Staaten dazu, insgesamt hat die OECD 30 Mitglieder.

¹⁰ Die AKP-Staaten sind diejenigen Staaten in Afrika, in der Karibik und im Pazifik, die ab dem 1976 in Kraft getretenen Lomé-Abkommen der EU gegen Finanzhilfe zollfreien Zugang zum gemeinsamen Markt gewähren.

¹¹ Die Bolkestein-Richtlinie ist nach dem niederländischen Binnenmarktkommissar benannt und wurde 2004 in den europäischen Gesetzgebungsprozess eingebracht. Sie zielt auf eine weitgehende Liberalisierung und Privatisierung auch öffentlicher Dienstleistungen. Das „Grünbuch Dienstleistungen von allgemeinem Interesse“ kann als Vorläufer dieser Richtlinie gelten (Grünbücher sind eine Art Vorstufe zum offiziellen Gesetzgebungsverfahren) –

danach sollten nur noch einige wenige Bereiche (Justizverwaltung u.ä.) als öffentliche Dienstleistungen gelten. Es war auf massiven Widerstand im europäischen Parlament gestoßen. Vgl. Fritz, T. 2004. „Auf dem Weg zur Sonderwirtschaftszone – die Dienstleistungsrichtlinie der EU.“ Blue-Arbeitspapier Nr. 21 unter <http://www.blue21.de/Fritz-vs-Bolkestein.pdf>.

¹² Zum ersten Satz dieses Absatzes: siehe <http://www.gesamtmetall.de/>, Lexikon, Stichwort „Devisenhandel“.

¹³ Zum Verhältnis von Realzins und realer BIP-Wachstumsrate vgl. etwa Deutscher Bundestag, a.a.O., S. 69-73. Zur Vermögensverteilung in Deutschland vgl. beispielsweise <http://www.zeit.de/2004/34/E-Verteilung>.

¹⁴ Das Zitat ist entnommen aus Susan Georges Aufsatz unter <http://www.tni.org/archives/george/alegre-g.htm>.

¹⁵ Der „Washington Consensus“ beschreibt eine Anfang der 1980er Jahre von neoliberalen Ökonomen entwickelte Leitlinie, nach der die Programme des IWF und der Weltbank ausgerichtet wurden. Dazu gehören u.a. Marktöffnungen, Privatisierung, ausgeglichene Staatshaushalte und gesichertes Privateigentum. Diese werden allen kreditnehmenden Ländern gleichsam als Blaupause ohne Ansehen der jeweiligen spezifischen Verhältnisse aufgezwungen. Vgl. UNDP 2003. *Making Global Trade Work for People*. Earthscan, New York, S. 35 und Stiglitz, J. 2002. *Die Schatten der Globalisierung*. Siedler, Berlin, S. 70ff.

¹⁶ Zu den G8 gehören die USA, Kanada, Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Italien, Japan sowie Russland.

Kapitel II

¹⁷ <http://www.unep.org/Documents/Default.asp?DocumentID=78&ArticleID=1163>; Sachs, W. 2002. „Ökologie – die Achillesferse der Globalisierung.“ *Natur und Kultur* 3(2): 95-111.

¹⁸ <http://www.rprogress.org/>; Costanza, R., Cumberland, J., Daly, H.E., Goodland, R. und Norgaard, R. 2001. *Einführung in die ökologische Ökonomik*. Lucius & Lucius, Stuttgart, S. 133ff.; Daly, H.E. und Cobb, J. 1989. *For the common good: Redirecting the economy toward community, the environment, and a sustainable future*. Beacon Press, Boston, S. 401ff.; Daly, H. 2001. „Unwirtschaftliches Wachstum in einer vollen Welt.“ *Natur und Kultur* 2(2): 3-22.

¹⁹ Daly, H.E. 1993. „The steady-state economy: Toward a political economy of biophysical equilibrium and moral growth.“ S. 325-363 in: Daly, H.E. und Townsend, K.N. (Hrsg.), *Valuing the earth: economics, ecology, ethics*. MIT Press, Cambridge/London; Daly, H.E. 1993. „Sustainable growth: an impossibility theorem.“ S. 267-273 in: Daly und Townsend, a.a.O.

²⁰ Daly, H.E. 1993. „The steady-state economy: Toward a political economy of biophysical equilibrium and moral growth.“ S. 325-363 in: Daly und Townsend, a.a.O.; Holdren, J. und Ehrlich, P.R. 1974. „Human population and the global environment.“ *American Scientist* 62: 282-292; Costanza et al., a.a.O., S. 16; Bongaarts, J. 1994. „Population policy options in the developing world.“ *Science* 263: 771-776.

²¹ Binswanger, M. 2001. „Technological progress and sustainable development: what about the rebound effect?“ *Ecological economics* 36: 119-132; Costanza et al., a.a.O., S. 18f.; Schauer, T. 2002. „Der reale Ressourcen hunger der virtuellen Ökonomie.“ *Natur und Kultur* 3(1): 73-89; Wackernagel, M. und Giljum, S. 2001. „Der Import von ökologischer Kapazität: Globaler Handel und die Akkumulation von ökologischen Schulden.“ *Natur und Kultur* 2(1): 33-54.

²² Das International Forum on Globalization (IFG) führt unter der Überschrift „Kernprinzipien für zukunftsfähige Gesellschaften“ zehn Punkte an: Neue Demokratie, Subsidiarität, Gemeinsames Erbe, Vielfalt, Menschenrechte, Lebensunterhalt und Arbeitsplätze, Sichere Versorgung mit gesundheitlich unbedenklichen Nahrungsmitteln, Chancengleichheit, das Vorsorgeprinzip, das Nachhaltigkeitsprinzip. Der Text der nachfolgenden Abschnitte (II.1.2.1 bis II.1.2.5) ist teilweise dem Zwischenbericht des IFG, Mander, J. und Cavanaugh, J. (Hrsg.) 2003. *Eine andere Welt ist möglich*. Riemann, München, S. 97-131, entnommen.

²³ Vgl. Biesecker, A. und Kesting, S. 2003. *Mikroökonomik: eine Einführung aus sozial-ökologischer Perspektive*. Oldenbourg, München.

²⁴ Vgl. dazu den Beitrag der Attac-AG Arbeit in Würde unter <http://www.attac.de/awwo/weitere-texte/040925ag-arbeit-in-wuerde.htm>.

²⁵ Die beiden letzten Absätze entstammen einem längeren Antragstext von B. Riexinger/W. Sauerborn, der laut Ratschlagsbeschluss in Hamburg in gekürzter Fassung als Dissensposition in den Text eingefügt werden sollte. Nach Gesprächen mit der AWWO-Redaktionsgruppe wurde bez. der nun stark gekürzten Antragsfassung (nämlich die beiden

Absätze) ein inhaltlicher Konsens hergestellt, so dass der Antrag nun als Konsensposition behandelt werden kann.

²⁶ Im Zusammenhang mit der Frage der Aneignung von Herrschafts- und Eigentumsverhältnissen vgl. dazu aus antikapitalistischer Sicht Fritz, T. 2004. „Der Kaiser ist nackt!“ Perspektiven der globalisierungskritischen Bewegung.“ S. 147-159 in: Biesecker, A., Büscher, M., Sauer, T. und Stratmann-Mertens, E. (Hrsg.), *Alternative Weltwirtschaftsordnung. Perspektiven nach Cancún*. VSA, Hamburg.

²⁷ Vgl. zur Subsidiaritätsproblematik aus Sicht eines globalen Keynesianismus Sauer, T. 2004. „Globaler Keynesianismus versus Deglobalisierung? Makroökonomische und normative Grundlagen alternativer Weltwirtschaftsordnungen.“ S. 53-69 in: Biesecker et al., a.a.O., v.a. S. 66f.

²⁸ „Beggar-thy-neighbour“ („bring deinen Nachbarn an den Bettelstab“) meint eine Politik, die auf Exporterlöse durch Abwertung der eigenen Währung zielt. Die Währungsabwertung macht die eigenen Produkte künstlich billiger als jene aus anderen Ländern (deren Währung ja vice versa aufgewertet wird). Eine solche Politik führt regelmäßig zu Abwertungswettläufen, die am Ende alle an den Bettelstab bringen. Vgl. etwa Stiglitz, a.a.O., S. 128-130.

²⁹ Zum Thema Verwirklichungschancen vgl. Sen, A.K. 2000. *Ökonomie für den Menschen: Wege zu Gerechtigkeit und Solidarität in der Marktwirtschaft*. Dtv, München.

³⁰ Detaillierte Ausführungen zu den angesprochenen Planungsmethoden finden sich in: Stratmann-Mertens, E. 1991. „Rahmenplanung in einer ökologisch-sozialen Wirtschaft.“ S. 177-200 in: Stratmann-Mertens, E., Hickel, R. und Priewe, J. (Hrsg.), *Wachstum. Abschied von einem Dogma. Kontroverse über eine ökologisch-soziale Wirtschaftspolitik*. Fischer, Frankfurt/Main.

³¹ Zu „Participatory Economics“ vgl. Albert, M. 2004. *Parecon*. Trotzdem Verlagsgenossenschaft, Grafenau sowie <http://www.parecon.org/>. Ähnliche Vorstellungen entwickeln Calinicos, A. 2003. *Ein Anti-Kapitalistisches Manifest*. VSA, Hamburg mit seinem Konzept der demokratischen Planwirtschaft und Sarkar, S. 2001. *Die nachhaltige Gesellschaft: eine kritische Analyse der Systemalternativen*. Rotpunktverlag, Zürich mit seinem Konzept des Öko-Sozialismus. Siehe außerdem Mandel, E. 2000. *Zur Verteidigung der sozialistischen Planwirtschaft*. Revolutionär Sozialistischer Bund, Mannheim 2000 und Alfred Müllers Aufsatz „Sozialismus wohin?“ unter <http://www.attac.de/awwo/weitere-texte/040611alfred-mueller.rtf>.

³² Vgl. Oekonux-Projekt (<http://www.oekonux.de/>); <http://www.attac-bremen.de/material/DemokratischesWirtschaften.pdf>; Gorz, A. 2004. *Wissen, Wert und Kapital: zur Kritik der Wissensökonomie*. Rotpunktverlag, Zürich; Trenkle, N. 1996. *Weltgesellschaft ohne Geld*. Krisis 18 (http://www.krisis.org/n-trenkle_weltgesellschaft-ohne-geld_krisis18_1996.html).

Kapitel III

³³ Zur Lissabonstrategie vgl. z.B. <http://www.bundesregierung.de/Artikel/,-628255/dokument.htm>.

³⁴ Vgl. auch die Attac-Erklärung, beschlossen im Mai 2002 auf dem Attac-Ratschlag in Frankfurt/Main (<http://www.attac.de/erklaerung/erklaerung.php>).

³⁵ Siehe dazu <http://www.mitbestimmung.info/>.

³⁶ Dieses Management-System wurde im Jahre 2000 mit dem von der EFQM (European Foundation for Quality Management) vergebenen Preis für exzellente Führung ausgezeichnet und war derzeit einmalig in der Unternehmenswelt.

³⁷ Siehe dazu <http://www.attac.de/awwo/weitere-texte/040611alfred-mueller.rtf> und <http://www.attac.de/bremen/material/AWWO-Position04-03-27.pdf>.

³⁸ Vgl. <http://www.attac.de/awwo/weitere-texte/040218ak-konzernentmachtung.htm>.

³⁹ ILO: Internationale Arbeitsorganisation; UNEP: Umweltprogramm der Vereinten Nationen (VN); UNDP: Entwicklungsprogramm der VN; UNCTAD: VN-Komitee für Handel und Entwicklung.

⁴⁰ Die Formulierung stammt von Truong, zitiert nach Wichterich, C. 2003. *Femme global: Globalisierung ist nicht geschlechtsneutral*. Attac-Basis-Texte Nr. 7. VSA, Hamburg, S. 19.

⁴¹ Hermes-Bürgschaften sind Ausfuhrgewährleistungen der deutschen Bundesregierung. Sie schützen deutsche Exporteure vor Verlusten durch ausbleibende Zahlungen ihrer ausländi-

schen Geschäftspartner: Zahlt der ausländische Abnehmer nicht, springt der deutsche Staat ein.

⁴² Die Terms of Trade sind als Maß für den Vorteil, den ein Land aus dem Außenhandel zieht, im einfachsten Fall das Verhältnis der gewogenen Preisindizes der Import- und Exportgüter eines Landes. Bei Sinken der Terms of Trade muss das betreffende Land mehr exportieren, um damit den gleichen Import finanzieren zu können.

⁴³ Zur „neuen internationalen Arbeitsteilung zwischen Frauen“ vgl. beispielsweise Deutscher Bundestag, a.a.O., S. 315 sowie Wichterich, a.a.O., S. 57ff.

⁴⁴ Vgl. Wichterich, a.a.O., S. 17.

⁴⁵ Vgl. beispielsweise Schmidt, O. 2003. „Das Ende der Politik? – Die Globalisierung, das Wissen und die öffentliche Aufgabe.“ S. 29-40 in: Schmidt, a.a.O.

⁴⁶ Die Allmende war die öffentliche Dorfwiese, auf der jede Familie des Dorfes ihr Vieh weiden lassen konnte. Dies konnte zu einer Überweidung oder gar Zerstörung der Allmende führen, wenn jeder möglichst viel Vieh auf diese Weide trieb (sogenannte „tragedy of the commons“). Daraus leiten viele die Forderung nach Privateigentum ab. Ein anderer Blickwinkel zeigt jedoch: Allmenden werden dann erfolgreich bewirtschaftet, wenn es dafür gemeinsame Regeln gibt. Ob das Eigentum privat oder kollektiv ist, spielt dabei gar keine Rolle. Ausgangspunkt der Debatte war Hardin, G. 1968. „The tragedy of the commons.“ *Science* 162: 1243-1248.

⁴⁷ Vgl. <http://www.boell.de/downloads/global/AlternativasAmericas.pdf>.

⁴⁸ Weitergehende Informationen etwa in den Schuldenreporten von WEED, <http://www.weed-online.org/>, oder unter <http://www.erlassjahr.de/>.

⁴⁹ Vgl. dazu Susan George unter <http://www.tni.org/archives/george/clusters.htm>.

⁵⁰ Vgl. <http://www.wiwi.uni-frankfurt.de/professoren/spahn/tobintax/Tobinsteuer.pdf>. Weiterführende Texte zur Tobin-Steuer finden sich unter <http://www.attac.de/archiv/index.php#tobin>.

⁵¹ Vgl. Deutscher Bundestag, a.a.O., S. 79 und S. 113.

⁵² Vgl. dazu beispielsweise Von Weizsäcker, E.U. 2003. „Zur Herausforderung des öffentlichen Lebens durch Globalisierung.“ S. 41-52 in: Schmidt, a.a.O., S. 42-45.

⁵³ Siehe Deutscher Bundestag, a.a.O., S. 89 und S. 105f.

⁵⁴ Vgl. beispielsweise Stiglitz, a.a.O., Kapitel 4.

⁵⁵ Vgl. <http://www.regiogeld.de/>.

⁵⁶ Die Leistungsbilanz führt die Exporte und Importe von Waren und Dienstleistungen, grenzüberschreitenden Erwerbs- und Vermögenseinkommen und -übertragungen sowie Entwicklungshilfe und Beiträge für internationale Organisationen. Zur Demurrage vgl. beispielsweise Brunnhuber, S. und Klimenta, H. 2003. *Wie wir wirtschaften werden: Szenarien und Gestaltungsmöglichkeiten für zukunftsfähige Finanzmärkte*. Ueberreuter, Frankfurt/Main. Eine Kurzfassung findet sich unter <http://www.attac.de/awwo/weitere-texte/SustainableFinance1.doc>.

⁵⁷ Das Financial Stability Forum ist ein Netzwerk von Zentralbanken, Ministerien und Finanzmarktaufsichtsbehörden großer Industrieländer sowie internationaler Organisationen wie dem IWF. Es arbeitet eng mit den Verbänden der privaten Banken und Finanzdienstleister zusammen.

⁵⁸ Vgl. dazu Giegold, S. 2003. *Steueroasen: trockenlegen!: die verborgenen Billionen für Entwicklung und soziale Gerechtigkeit heranziehen*. Attac-Basis-Texte Nr. 4. VSA, Hamburg.

⁵⁹ Für die Motivation von vielen bei Attac aktiven Gruppen und Einzelpersonen spielt ihr Engagement im „Ökumenischen Prozess für Friede, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung“ („Konziliarer Prozess“) eine erhebliche Rolle. In diesem bei der Vollversammlung des Ökumenischen Rates in Vancouver 1983 initiierten Großprojekt bildete das Thema „Wirtschaftliche Gerechtigkeit“ ständig einen zentralen Schwerpunkt. Eine wichtige Station auf dem kirchlichen „Weg der Gerechtigkeit“ war auch das „Europäische Kairos-Dokument“ von 1998 mit seinem Aufruf „zur Bündnisbildung für die Befreiung vom Diktat der deregulierten globalisierten Wirtschaft und ihrer Konkurrenzkultur“. Von ganz aktueller Bedeutung in diesem Zusammenhang wurde schließlich der von der „Konsultation westeuropäischer Kirchen“ 2002 an diese Kirchen gerichtete Brief mit der Aufforderung: „Um der Integrität ihrer Gemeinschaft und ihres Zeugnisses willen sind Kirchen aufgerufen, gegen die neoliberale Wirtschaftslehre und -praxis aufzutreten und Gott zu folgen.“ Dementsprechend schrieb im April 2004 die bundesweite Konferenz „Wirtschaft(en) im Dienst des Lebens“: „Wir bitten die ACK (Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen) dringend, auf deutscher und europäischer Ebene einen breiten Konsultationsprozess auf biblischer Grundlage

zur Lebensfrage der globalen sozialen und ökologischen Gerechtigkeit einzuleiten.“ Vgl. dazu Duchrow, U. 1994. *Alternativen zur kapitalistischen Weltwirtschaft. Biblische Erinnerung und politische Ansätze zur Überwindung einer lebensbedrohenden Ökonomie*. Gütersloher Verlagshaus, Gütersloh; Schmitthener, U. 1998. *Der konziliare Prozeß: gemeinsam für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung*. Meinhardt, Idstein.